



HESSISCHER LANDTAG

01. 11. 2011

88. Sitzung

Wiesbaden, den 1. November 2011

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	6061	4. Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Landesregierung muss sich glasklar zum Nachtflugverbot und Lärmschutz bekennen	
<i>Entgegengenommen</i>	6061	– Drucks. 18/4616 –	6061
Präsident Norbert Kartmann	6061	<i>Abgelehnt</i>	6084
 		5. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend nur Revision schafft Rechtssicherheit, Rechtsklarheit und Rechtsfrieden – Lärmschutzmaßnahmen am Flughafen Frankfurt kontinuierlich fortsetzen und weiterentwickeln	
1. Konsequenzen aus dem Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 10. Oktober 2011 in Sachen Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen	6061	– Drucks. 18/4618 –	6061
<i>Besprochen</i>	6084	<i>Angenommen</i>	6084
2. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sicherstellung eines dauerhaften Nachtflugverbots am Flughafen Frankfurt		Ministerpräsident Volker Bouffier	6061
– Drucks. 18/4603 –	6061	Hermann Schaus	6065, 6081
<i>Abgelehnt</i>	6084	Thorsten Schäfer-Gümbel	6066, 6073
3. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Erneuerung des Anti-Lärm-Pakts für die Rhein-Main-Region		Dr. Christean Wagner (Lahntal)	6070, 6073
– Drucks. 18/4607 –	6061	Tarek Al-Wazir	6074
<i>Abgelehnt</i>	6084	Florian Rentsch	6077
		Gernot Grumbach	6080
		Präsident Norbert Kartmann	6084
		<i>Abstimmungsliste</i>	6085

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen
beim Bund Michael Boddenberg
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Kultusministerin Dorothea Henzler
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
Sozialminister Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretärin Nicola Beer
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretär Horst Westerfeld
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann
MinDirig Eric Seng
Staatssekretär Steffen Saebisch
Staatssekretär Mark Weinmeister

Abwesende Abgeordnete:

Uwe Frankenberger
Margaretha Hölldobler-Heumüller

(Beginn: 15:04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 88. Plenarsitzung am heutigen Dienstag, dem 1. November 2011, und heiße Sie herzlich willkommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich auf eine Veränderung im Hohen Hause eingehen. Unser bisheriger Kollege, Herr Staatsminister a. D. Wilhelm Dietzel, hat mit dem 31. Oktober 2011 sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt. Wir werden ihn während der nächsten Sitzung verabschieden können.

Sein Nachfolger ist Herr Abg. Armin Schwarz aus Bad Arolsen. – Herr Schwarz, ich darf Sie bitten, sich kurz zu erheben.

(Abg. Armin Schwarz (CDU) erhebt sich von seinem Platz. – Allgemeiner Beifall)

Ich heiße Sie im Hessischen Landtag herzlich willkommen und wünsche Ihnen eine erfolgreiche und zufriedenstellende Zeit.

(Abg. Armin Schwarz (CDU) nimmt seinen Platz wieder ein.)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben am heutigen Tag eines ehemaligen Kollegen zu gedenken. Am 21. Oktober 2011 ist der frühere hessische SPD-Landtagsabgeordnete Karl Hisserich verstorben.

Karl Hisserich wurde am 30. November 1926 in Homberg an der Ohm geboren. Er machte eine Ausbildung zum Rechtspfleger und war als Amtsrat beim Amtsgericht in Alsfeld tätig. Außerdem war er Mitglied der Gewerkschaft ÖTV und Vorsitzender des Sportkreises Alsfeld im Landessportbund Hessen.

Karl Hisserich war seit 1956 SPD-Mitglied und seit 1960 viele Jahre lang Stadtverordneter und Stadtverordnetenvorsteher in seiner Heimatstadt Homberg an der Ohm. Auf kommunaler Ebene war er darüber hinaus Mitglied des Kreistags Alsfeld, und von 1964 bis 1972 war er dort Erster Kreisbeigeordneter und Mitglied des Kreistages Vogelsberg.

Karl Hisserich gehörte von 1970 bis 1987 als Abgeordneter dem Hessischen Landtag an. In dieser Zeit war er Vorsitzender des Unterausschusses Justizvollzug und gehörte 1979 der 7. sowie 1984 der 8. Bundesversammlung an.

Wir werden Herrn Abg. a. D. Karl Hisserich ein ehrendes Andenken bewahren.

(Schweigeminute)

Ich danke Ihnen, dass Sie sich zu Ehren des Herrn Karl Hisserich von Ihren Plätzen erhoben haben. Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung vom 25. Oktober 2011 mit bisher einem Punkt liegt Ihnen vor. Es kommen jetzt noch einige dazu.

Eingegangen ist der Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sicherstellung eines dauerhaften Nachtflugverbots am Flughafen Frankfurt, Drucks. 18/4603. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 2. Wir können ihn zusammen mit Punkt 1 aufrufen. Dem wird nicht widersprochen? – Dann verfahren wir so.

Außerdem ist der Dringliche Antrag der Fraktion der SPD betreffend Erneuerung des Anti-Lärm-Pakts für die Rhein-Main-Region, Drucks. 18/4607, eingegangen. Ich gehe auch hier davon aus, dass die Dringlichkeit bejaht wird? – Das ist der Fall. Damit wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 3. Wir werden ihn mit den Tagesordnungspunkten 1 und 2 aufrufen. Auch dem widerspricht niemand? – Dann verfahren wir so.

Von der Fraktion DIE LINKE ist ein Dringlicher Antrag eingegangen, betreffend Landesregierung muss sich glasklar zum Nachtflugverbot und Lärmschutz bekennen. Das ist Drucks. 18/4616. Auch hier gibt es keinen Widerspruch gegen die Dringlichkeit? – Das ist so. Dann nehmen wir den Dringlichen Antrag als Punkt 4 auf die Tagesordnung und rufen ihn zusammen mit den Tagesordnungspunkten 1, 2 und 3 auf.

Dann ist noch eingegangen der Dringliche Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend nur Revision schafft Rechtssicherheit, Rechtsklarheit und Rechtsfrieden – Lärmschutzmaßnahmen am Flughafen Frankfurt kontinuierlich fortsetzen und weiterentwickeln. Das ist Drucks. 18/4618. Wird die Dringlichkeit hier bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 5, und er wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 1, 2, 3 und 4 aufgerufen werden.

Damit kommen wir zur Genehmigung der Tagesordnung. Widerspricht jemand der Genehmigung? – Das ist nicht der Fall. Somit verfahren wir entsprechend.

Zur Erleichterung Ihres Geschäfts wurde die Tagesordnung mit den Dringlichen Anträgen noch einmal gedruckt und an Ihren Plätzen ausgelegt.

Wir tagen heute bis zur Erledigung der Tagesordnung.

Herr Kollege Uwe Frankenberger hat sich ganztägig entschuldigt, der Herr Ministerpräsident ab 18 Uhr.

Ich stelle fest, dass wir jetzt handlungsfähig sind. Ich rufe nunmehr offiziell **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Konsequenzen aus dem Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 10. Oktober 2011 in Sachen Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen

Ich rufe die nun nach der Geschäftsordnung als dringlich erachteten Anträge unter den **Tagesordnungspunkten 2 bis 5** mit auf.

Der Herr Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, dass er zu Beginn der Debatte das Wort wünscht. – Herr Ministerpräsident, ich erteile Ihnen das Wort. Für Sie ist keine Redezeit vorgesehen. Aber Sie wissen, dass sich die Fraktionen auf eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion verständigt haben. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion hat eine Sondersitzung beantragt, um, ich gebe es einmal frei wieder, zu erfahren, wie die Lan-

desregierung – und insbesondere der Ministerpräsident – nach der jüngsten Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs, nämlich seinem Eilbeschluss, zur Frage des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und insbesondere auch zu den Themen, die sich rund um das Nachtflugverbot ranken, steht.

Die Position der Landesregierung und auch die der sie tragenden Parteien ist bekannt. Sie wurde in den Medien vielfach mitgeteilt. Nicht zuletzt bei der Einweihung der neuen Landebahn habe ich diese Position nicht nur öffentlich vorgetragen, sondern auch bekräftigt. Meiner Ansicht nach gibt es auch sonst keine Umstände, die so wären, dass wir sie nicht während unserer turnusmäßigen Sitzung in zwei Wochen miteinander hätten beraten können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Rudolph, von daher ist die Sitzung eigentlich überflüssig.

(Günter Rudolph (SPD): Das entscheiden nicht Sie! – Weitere Zurufe)

– Meine Damen und Herren, bleiben Sie entspannt. – Das ist dann aber eine gute Gelegenheit, die Positionen noch einmal im Landtag vorzutragen und auszutauschen. Deshalb möchte ich ein paar Bemerkungen machen.

Ich will das einmal so einleiten: Die Entscheidung für den Ausbau des Flughafens und der Ausbau waren nicht nur für die Region und für ganz Hessen sehr wichtig, sondern das hat auch massiv Einfluss auf ganz Deutschland. Diese Entscheidung ist von größter Bedeutung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Flughafen ist das Herzstück der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen und weit darüber hinaus. Es ist mit über 4 Milliarden € die größte private Investition, die es in Deutschland seit vielen, vielen Jahren gegeben hat. Es ist die größte Betriebsstätte, die es in Deutschland gibt. Über 70.000 Menschen finden dort ihren Arbeitsplatz. Meine Damen und Herren, deshalb muss man schon deutlich machen: Hessen und insbesondere das Rhein-Main-Gebiet gehört zu den führenden Regionen nicht nur Deutschlands, sondern Europas. Diese führende Stellung als Knotenpunkt der Verkehre ist für uns eine große Chance. Diese Chance angemessen und vernünftig wahrzunehmen und die damit verbundenen Belastungen in einem Rahmen zu halten, dass wir zu einem vernünftigen Ausgleich kommen, ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau das ist das Thema!)

Gerade die Logistikwirtschaft spielt hier im Rhein-Main-Raum eine überragende Rolle, wenn es um die Frage der Arbeitsplätze und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung geht. Aber das ist kein Naturgesetz. Wir müssen uns immer wieder dem Wettbewerb mit anderen Regionen stellen, die auch nach vorne kommen wollen.

Wenn wir auch in Zukunft einen Spitzenplatz im Wohlstand Europas beibehalten wollen – ich denke, das wollen wir alle –, dann müssen wir nach sorgfältiger Abwägung aller Interessenlagen auch in schwierigen Sachverhalten Entscheidungen treffen und diese Entscheidungen dann auch vollziehen. Deshalb ist diese Landesregierung wie ihre Vorgängerregierungen der festen Überzeugung, der Ausbau und der Bau einer neuen Landebahn waren und sind notwendig und richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Und dann das Mediationsverfahren!)

Wenn wir einmal auf die nahezu bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse nach dem Bau der Startbahn West zurückschauen, die uns allen noch in Erinnerung sind: Als eine Diskussion anhub, ob man nicht doch ausbauen müsse, hat man häufig auf eine Aussage von Herrn Ministerpräsidenten Börner zurückgegriffen, der 1984 nach dem Bau der Startbahn West erklärt hat: Am Flughafen wird nicht mehr weitergebaut.

Man hat ihm und anderen später vorgeworfen, wortbrüchig geworden zu sein. Ich halte diese Vorwürfe für nicht berechtigt. Ich möchte zitieren, was der damalige wirtschaftspolitische Sprecher der damaligen Oppositionsfraktion der Freien Demokraten, Kollege Posch, in der 108. Sitzung des Hessischen Landtags – das war am 29. Oktober 1998 – vor dem Plenum erklärt hat:

Kein Planfeststellungsbeschluss kann Reaktionen auf zukünftige Notwendigkeiten vorwegnehmen. Niemand hier im Hause und anderenorts konnte vor 20 Jahren wissen, welche verkehrswirtschaftlichen Gegebenheiten an der Jahrhundertwende bestehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir erinnern uns. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die seinerzeit die Landesregierung stellten, waren sich in der Frage uneinig, ob man bei diesem Flughafen erneut in die Aufgabe eines Ausbaus gehen muss, soll oder kann. Dieser Dissens konnte in dieser Regierung nicht aufgelöst werden. Die Sozialdemokraten waren der Auffassung, dass dieses alte Verdikt nicht mehr gelten könne. Deshalb darf ich den damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD Armin Clauss zitieren, der in der gleichen Sitzung Folgendes erklärt hat:

Wer der Region eine Perspektive eröffnen will, muss über den Zaun hinausdenken. – Das ist so. Die Vereinbarung, dass der Zaun die Grenze ist, endet mit dieser Legislaturperiode.

(Petra Fuhrmann (SPD): Kommen wir doch einmal zum Thema!)

Meine Damen und Herren, wenn wir darüber sprechen, wie sich die Dinge entwickelt haben, gehört dies dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In der gleichen Sitzung hat mein Vorgänger im Amt, Ministerpräsident Eichel, wie folgt formuliert:

Denn es könnte sein ..., dass eine Nichtweiterentwicklung des Flughafens Frankfurt ab einer bestimmten Stelle den Ausstieg Deutschlands aus der Konkurrenz der Weltflughäfen bedeutet, ...

Das war seinerzeit die Überzeugung meines Vorgängers im Amt und die vieler anderer. Es war nicht die Überzeugung der gesamten Regierung und der sie tragenden Parteien. Folgerichtig und von dieser Überzeugung geleitet hat Kollege Eichel einen Mediationsprozess initiiert, der seit 1999 von meinem Vorgänger im Amt, Ministerpräsident Koch, fort- und durchgeführt wurde.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das sollten wir bei aller Unterschiedlichkeit in bestimmten Beurteilungen bestimmter Sachfragen nicht untergehen lassen: In diesem Verfahren wurde das Ob des Aus-

baus geklärt. In dem anschließenden regionalen Dialogverfahren wurde das Wie dieses Ausbaus geklärt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das stimmt nicht!)

Mit diesen Einrichtungen wurden Informations- und Diskussionsplattformen geschaffen, die es allen Beteiligten ermöglichten, sich intensiv einzubringen. Frau Fuhrmann, damit das auch klar ist: Meinungsverschiedenheiten konnten und sollten nicht wegdiskutiert werden. Das war weder das Ziel, noch hätte man es erreichen können.

Es wurde eine Situation geschaffen, die es ermöglichte, dieses Riesenprojekt ohne Gewaltexzesse und Dauerstörungen zu verwirklichen. Deshalb gehört das heute auch hierher: herzlichen Dank all denen, die teilweise über viele Jahre diesen Dialogprozess gestaltet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, einmal zu sehen, dass kein vergleichbares Projekt in der Bundesrepublik Deutschland in einem solchen Zeitraum verwirklicht werden konnte: vom Beginn bis zur Inbetriebnahme etwas über 13 Jahre. Allein das förmliche Verfahren des Ausbaus der Startbahn West hat seinerzeit 19 Jahre gebraucht.

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich festhalten: Dieses Dialogverfahren hat sich rentiert und bewährt. Das sollten wir heute nicht unterschlagen.

(Günter Rudolph (SPD): Sie müssen es nur umsetzen!)

Ich füge noch eines hinzu. Gerade im Blick auf andere Großvorhaben, die in dieser Republik anstehen oder versucht werden zu verwirklichen, kann es Hessen mit Stolz erfüllen, dass es uns gelungen ist, in einer der dichtbesiedeltesten Regionen dieser Republik diese Mammutaufgabe ohne Gewaltexzesse und ohne Dauerstörungen zu bewältigen. Das ist etwas, was keineswegs selbstverständlich ist. Das ist etwas, worauf alle Beteiligten stolz sein können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dies zeigt unsere Fähigkeit, auch in schwierigen Sachverhalten zu entscheiden. Und dies zeigt unsere Fähigkeit, unsere Zukunftsfähigkeit entsprechend zu sichern. Wenn ich von diesem Dialogforum und von diesem Dialogprozess gesprochen habe, ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass dieser Dialog nicht beendet ist, sondern weitergehen muss. Die Landesregierung war, ist und bleibt für die Anliegen der Bevölkerung sensibel.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssen Sie selbst lachen!)

– Herr Kollege Wagner, sehen Sie, das ist der Unterschied zwischen uns. Sie können anderer Meinung sein. Aber Sie sollten nicht jedem von vornherein ohne irgendeine Begründung die gute Absicht absprechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Forum Flughafen und Region und dem Umweltschutz stehen Einrichtungen zur Verfügung, die diesen Dialog auch in Zukunft ermöglichen.

Der Flughafen ausbau sichert Zukunft, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Er hat umgekehrt auch Schattenseiten: mehr Lärm und mehr Lärmbetroffenheit. Es muss

deshalb darum gehen, keine Illusionen zu befördern, aber gleichzeitig das Maß der Belastungen auf das Allernotwendigste zu beschränken und die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger erträglich zu gestalten.

(Nancy Faeser (SPD): Das ist aber nicht erträglich!)

Das heißt konkret: Für uns ist nicht das Optimum entscheidend, das betriebswirtschaftlich möglich ist. Darum kann es im Ergebnis nicht gehen. Für uns ist vielmehr entscheidend, auf der einen Seite die Entwicklung dieses Flughafens zu sichern und auf der anderen Seite ein erträgliches Maß an Lärm für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Das ist die Zielsetzung, an der wir konsequent arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Deswegen brauchen wir ein Nachtflugverbot! – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Man kann nicht auf der einen Seite einen Weltflughafen vor der Tür haben mit der größten Anzahl von Arbeitsplätzen, ohne auf der anderen Seite auch zu sagen, dass dies mit Einschränkungen und Belastungen verbunden ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber wenigstens schlafen sollte man können!)

Es wäre unredlich, wenn man dies den Bürgerinnen und Bürgern nicht sagte. Das haben wir auch immer gesagt.

(Nancy Faeser (SPD): Nein!)

Die Bürgerinnen und Bürger wissen dies auch. Ich glaube, die Politik wäre gut beraten, den Bürgerinnen und Bürgern keine Versprechungen zu machen, die nachher niemand erfüllen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Das ist dreist! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So hat der Mappus vor einem Jahr auch geredet! – Gegenruf des Abg. Peter Beuth (CDU): Ihr seid nur am Klamauk interessiert!)

– Hören Sie zu. – Deshalb bleiben aktiver und passiver Schallschutz – Herr Kollege Al-Wazir, wenn Sie Ihre vorbereitete Rede nicht stur vorlesen, wäre es klug, Sie würden zuhören.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr witzig! – Zurufe der Abg. Günter Rudolph und Petra Fuhrmann (SPD))

Wer die Rostra des Parlaments nicht nur zur Verkündung seiner eigenen Meinungen nutzen will, sondern zur Debatte über den besten Weg, für die besten Lösungen, von dem kann man füglich verlangen, dass er einmal zuhört.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hören zu!)

Deshalb sage ich es noch einmal: Aktiver und passiver Lärmschutz bleiben wichtige Daueraufgaben – übrigens nicht nur in der Nacht, sondern den ganzen Tag.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat z. B. mit der neuen Lärmschutzverordnung, die weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht, gezeigt, dass sie dies ernst nimmt und umsetzt. Dann mag es sein, dass je-

mand kommt und sagt, das sei noch nicht hinreichend. Aber worauf ich Wert lege: Wenn wir etwas tun, was weit über die gesetzlichen Voraussetzungen hinausgeht, um mehr Menschen besser zu schützen, dann verdient das nicht Gelächter, sondern Anerkennung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich darf daran erinnern: Dieses Haus hat für 7,3 Millionen € ein Lärmschutzgutachten beschlossen,

(Gernot Grumbach (SPD): Wer hat es erfunden? – Nancy Faeser (SPD): Das wollten Sie doch gar nicht!)

von dem wir uns gemeinsam Grundlagen erhoffen, wie wir diese Aufgabe am besten erfüllen können. Das ist richtig.

Wir fangen mit dem Lärmschutz im Übrigen auch nicht an, sondern wir haben insbesondere unter Federführung des Wirtschaftsministers, Kollegen Posch, ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Heute ist eine gute Gelegenheit, das darzustellen. Deshalb finde ich es doch ganz gut, dass wir das heute miteinander besprechen.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir haben insgesamt 33 Maßnahmen zur Lärminderung, die wir bereits initiiert haben, die umgesetzt oder in der Umsetzung sind: Das sind 16 Maßnahmen zum aktiven Schallschutz nach dem Planfeststellungsbeschluss. Das sind vier Maßnahmen des passiven Schallschutzes nach der Lärmschutzbereichsverordnung. Das sind fünf übergreifende Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes nach dem Planfeststellungsbeschluss, wie z. B. bestimmte Vorbehaltsregelungen, was an diesem Flughafen geht und was nicht geht. Eine indirekte Maßnahme finde ich besonders interessant. Vielleicht ist sie gar nicht jedem bekannt. Das machen wir schon länger: lärmabhängige Flugentgelte. Das heißt, wenn eine Maschine lauter ist, bezahlt sie für die Landung oder den Start mehr als andere. Das ist aus meiner Sicht wichtig.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich will die sieben zusätzlichen Maßnahmen des aktiven Schallschutzes als Maßnahmenpaket des Forums Flughafen und Region unter der entsprechenden Mitwirkung der Landesregierung erwähnen. Meine Damen und Herren, wir tun eine ganze Menge. Ich füge hinzu: Wir wollen und wir müssen noch mehr tun. Wir brauchen leisere Flugzeuge. Die Umrüstung der Flotte der Lufthansa ist im Gang. Wir werden alles tun, was wir können, damit dieser Prozess beschleunigt wird, auch wenn wir an dieser Stelle nicht zuständig sind. Denn es ist am Klügsten, wenn man Flugzeuge hat, die möglichst wenig Lärm machen. Deshalb ist das ein wichtiger Punkt auch und gerade für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mit der Taskforce Lärmschutz, die wir über das Umwelt haus gemeinsam mit dem Betreiber, mit den Fluggesellschaften, mit den Kommunen betreiben, haben wir ein Gremium, das sich ganz konkret mit den Maßnahmen beschäftigt, wie wir den Lärm reduzieren können. Ich glaube, am 14. November ist unter Führung des Kollegen Posch die nächste Zusammenkunft dieses Gremiums. Hierher gehören die Bemühungen, die Ab- und Anflugrouten so zu gestalten, dass die Bürgerinnen und Bürger weniger belastet sind. Dafür sind wir nicht zuständig. Das macht die Deutsche Flugsicherung, die Aufsicht. Trotzdem, auch wenn wir nicht zuständig sind: Wir haben uns

dort massiv eingebracht, um zu einer Verminderung des Lärms zu kommen.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich hoffe sehr, dass wir, wenn die Erfahrungen des Realbetriebs ausgewertet sind, zu verbesserten Situationen kommen; denn kein Mensch kann damit zufrieden sein, wenn sich die Dinge nicht zum Besseren wenden. Damit sind auch wir nicht zufrieden.

Aber ich will Ihnen eines deutlich sagen: Wir haben hier keine Denkverbote. Deshalb sind alle aufgefordert, realistische Vorschläge zu machen, die man umsetzen kann. Wir werden sie nicht nur aufgreifen. Wir werden auch, soweit wir zuständig sind, dafür sorgen, dass sie umgesetzt werden, und soweit wir nicht zuständig sind, mit aller Kraft dafür werben, dass die, die zuständig sind, das tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch die gerade in den letzten Wochen besonders intensive Diskussion um die Zulässigkeit von Nachtflügen ist verständlich, aber oft irreführend.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ah, endlich! – Norbert Schmitt (SPD): Nach 20 Minuten!)

Worum geht es? Es geht zum einen darum, die Interessen und Rechte der Bürger auf möglichst ungestörte Nacht ruhe

(Günter Rudolph (SPD): Großzügig!)

auszugleichen mit den Interessen und Rechten sowohl des Betreibers als auch der Luftfahrtgesellschaften und abzuwägen mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung des größten Frachtflughafens des Kontinents.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Darum geht es. Meine Damen und Herren, dies ist in dem umstrittenen Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2007 in der Weise gelöst worden, dass man 17 Flüge für zulässig hielt.

(Nancy Faeser (SPD): Obwohl null beantragt waren!)

Das sind, ganz nebenbei – auch das darf man nicht unterschlagen –,

(Günter Rudolph (SPD): Glatter Wortbruch!)

zwei Drittel weniger Flüge, als wir bislang in der Nacht hatten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Rudolph, diese Entscheidung ist nicht getroffen worden, um Menschen zu ärgern, sondern – das sollten Sie zur Kenntnis nehmen – sie ist getroffen worden als Folge der Rechtsprechung.

(Günter Rudolph (SPD): Sie bleibt trotzdem falsch!)

Es kann sein, dass der Abg. Rudolph das für falsch hält.

(Zurufe der Abg. Günter Rudolph und Petra Fuhrmann (SPD))

– Herr Kollege Rudolph, ich empfehle uns aber gemeinsam, dass wir die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das heißt im Konkreten: Im Jahr 2006 hat das Bundesverwaltungsgericht im Zusammenhang mit dem Flughafen Berlin-Schönefeld entschieden, dass ein Nachtflugverbot jedenfalls dort möglich ist, wo die Luftfracht keine Rolle spielt. Das bedeutet im Umkehrschluss: Dort, wo die Luftfracht eine große Rolle spielt – das wird bei dem größten Frachtflughafen des Kontinents in Frankfurt am Main niemand bestreiten –, muss man diese Aussage des Bundesverwaltungsgerichts berücksichtigen.

Das war der Grund, warum man sich seinerzeit so entschieden hat, um diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen.

Wir sind auch nicht dem Antrag der Lufthansa gefolgt – daran darf man auch einmal erinnern –, die 70 Nachtflüge beantragt hatte. Man hat hier also keineswegs versucht, sich mit lockerer Hand über irgendetwas hinwegzusetzen. Es war ein Abwägungsprozess, der seinerzeit stattgefunden hat.

Eines muss man heute auch noch einmal sagen, meine Damen und Herren: Das ist nicht heimlich oder hintenrum geschehen – dies ist in einer beispiellosen Weise transparent gewesen. Es ist hier im Hessischen Landtag und in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Es ist zwei oder drei Monate vor einer Landtagswahl diskutiert worden. Wir haben den Menschen vorher gesagt, was wir vorhaben, nicht nachher. Deshalb muss man auch das heute sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

Diese vorgesehene Regelung ist heftigst umstritten. Der Verwaltungsgerichtshof hat diesen Teil des Planfeststellungsbeschlusses auch beanstandet. Aber – und das ist besonders wichtig, deswegen muss es hier deutlich untermalt werden – er hat in seiner Grundsatzentscheidung gesagt, dass das von ihm nicht getragen wird und er das für rechtswidrig hält. Er hat aber nicht gesagt – und das ist entscheidend –, was denn nun stattdessen gelten soll, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Und weil wir das nicht haben, haben wir eine ganz schlichte Situation. Es ist deshalb falsch, wenn man den Menschen den Eindruck vermittelt, dass, wenn man die Revision zurücknehme, alle Probleme gelöst wären und insbesondere das Nachtflugverbot gesichert wäre – dies ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Warum ist das falsch? – Es ist deshalb falsch, weil wir, wenn man sie zurücknehme, die Hauptsacheentscheidung des VGH in Kassel hätten, der uns eben nicht gesagt hat: zwei, drei, fünf, vier oder null. – Deshalb müssten wir dann einen neuen Planfeststellungsbescheid machen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das müssen Sie doch sowieso machen!)

Dieser könnte aussehen, wie er wollte: Gehen wir einmal auf null, egal wie, dann würden die Luftverkehrsgesellschaften klagen. Gehen wir auf drei oder vier, dann würden andere klagen. Jedenfalls würde jeweils derjenige klagen, dessen Interessen vermeintlich nicht berücksichtigt wurden – und zwar über alle Instanzen und über etliche Jahre. Die Rechtsunsicherheit würde für viele Jahre fortbestehen.

(Zuruf von der CDU: Das wollen die GRÜNEN ja auch!)

Deshalb wäre ein solcher Weg falsch.

Was wir brauchen, ist eine höchstrichterliche Entscheidung. Im Interesse der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens kann diese nur durch das höchste Gericht in Deutschland, das Bundesverwaltungsgericht, erfolgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Daran ändert auch der Beschluss des VGH im Eilverfahren überhaupt nichts, weil es nämlich keine Entscheidung in der Hauptsache ist. Deshalb ist die Revision, die die Landesregierung eingereicht hat, richtig. Sie ist, ganz nebenbei, auch der schnellste Weg, um zu einer höchstrichterlichen Entscheidung zu kommen. Ich bedauere ja auch, dass es manchmal lange dauert. Aber es ist besser, jetzt noch ein halbes Jahr zu warten als auf eine neue Runde, die uns wieder mindestens fünf Jahre kostet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Werden Sie doch sowieso machen müssen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Ministerpräsident, die Fraktionsredezeit ist überschritten. Das nur als Hinweis.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Meine Damen und Herren, die neue Landebahn sichert uns Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit. Sie schafft Arbeitsplätze und Wohlstand, weit über die Region hinaus. Die damit verbundenen Belastungen nehmen wir ernst. Wir wollen die notwendigen Interessenausgleiche als fairer Partner für die Bürgerinnen und Bürger bewerkstelligen.

Das bedeutet konkret: Der Rhein-Main-Flughafen muss auch in Zukunft seine Weltgeltung und seine herausragende Bedeutung als Jobmotor behalten. Aber ich füge hinzu: Das geht nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger, sondern nur mit den Bürgern. Weil das so ist, müssen wir dazu kommen, weniger Lärm zu bekommen. Wir brauchen eine Lärmbremse. Dazu haben wir ein Bündel von Maßnahmen initiiert, und wir arbeiten an weiteren Maßnahmen. Selbst dann, wenn wir nicht zuständig sind, können sich die Bürgerinnen und Bürger in Hessen darauf verlassen: Diesen schwierigen Interessenausgleich werden wir auch in Zukunft so gestalten, dass man im Rhein-Main-Gebiet nicht nur Arbeitsplätze findet, sondern dort auch wohnen kann. – Ein schwieriger Prozess, aber wir werden ihn erfolgreich gestalten.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abg. Schaus gemeldet.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eine Besuchergruppe für heute angemeldet, der der Zu-

tritt zum Landtag aus Sicherheitsgründen verweigert wird.

(Zuruf von der CDU: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?)

Wir denken, dass diese Besuchergruppe den Anspruch hat, an dieser Debatte teilzuhaben und unsere Ausstellung zu besichtigen. Deshalb beantragen wir eine Unterbrechung der Sitzung und eine Einberufung des Ältestenrates.

(Unruhe bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, erstens ist dies kein Geschäftsordnungsfall und Sache des Präsidiums. Sie können gern beantragen, dass das Präsidium irgendwann zusammentritt, aber nicht während der Plenarrunde. Zweitens ist mir von der Anmeldung einer solchen Gruppe nichts bekannt. – Das für jetzt, mehr dann später in einer normalen Sitzung des Präsidiums.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist ordnungsgemäß angemeldet, Herr Präsident! Das ist ja unglaublich!)

Wir fahren fort mit der Debatte. Der Herr Ministerpräsident hat die Redezeit um fünf Minuten und 20 Sekunden überschritten. Ich mache sechs Minuten daraus, weil das besser durch drei zu teilen ist, und schlage den drei Oppositionsfractionen jeweils zwei Minuten auf, also 22 Minuten. – Das Wort hat Abg. Schäfer-Gümbel für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben etwa 26 Minuten geredet, davon eine Minute zum Thema Nachtflugverbot,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was aus meiner Sicht schon der erste Beleg dafür ist, dass es richtig und notwendig war, diese Sondersitzung einzuberufen. Sie haben gefragt, warum. Ich will Ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich beim Frankfurter Flughafen um die größte Infrastruktureinrichtung des Landes handelt. Wir haben in den letzten zwölf Jahren immer und immer wieder der Frage der Bedeutung des Flughafens selbst, der Notwendigkeit des Ausbaus, seiner wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger unzählige Debatten in diesem Plenum gewidmet. Allerdings ist es auch so, dass es angesichts der aktuellen Entwicklung, der Entscheidung des VGH in Kassel, aus unserer Sicht nicht akzeptabel ist, als Landesregierung einfach abzutauchen und sich nicht zu verhalten.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie erklären sich in Interviews ja zu ziemlich vielen Punkten, auch zu Dingen, die einen eigentlich nicht interessieren. Aber zum Nachtflugverbot haben Sie, außer in der Eröffnungsrede, bis heute keine Stellung genommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es für uns zwingend gewesen – weil es sich um die wesentliche Infrastruktureinrichtung des Landes handelt, weil es richtig ist, auf die Bedeutung hinzuweisen, wie Sie es formuliert haben –, diese Sondersitzung abzuhalten, um über die Konsequenzen seit Inbetriebnahme der neuen Landebahn, aber auch die Entscheidung des VGH Kassel zu sprechen. Im Übrigen gab es dazwischen auch eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses, die auch ein paar interessante Hinweise gegeben hat, zu denen ich später noch einmal kommen werde.

Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen gleich zu Beginn sagen: Man kann so regieren, wie Sie es tun. Unsere Auffassung ist: Man darf so nicht regieren, wie Sie es tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser zentrales Thema in der Mitverantwortung für den Ausbau des Frankfurter Flughafens war immer, den Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Entwicklung auf der einen Seite und Belastung der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite zu schaffen. Das war der Kern des Mediationsergebnisses, das unter der Führung von Hans Eichel initiiert wurde. Das war der friedensstiftende Kern.

Zu Recht haben Sie auf die Konflikte um die Startbahn 18 West hingewiesen. In deren Konsequenz sind zwei Polizisten gestorben. Wir haben das häufig in der Fraktion diskutiert, auch in den letzten Jahren: Können wir wegen der Geschichte, beispielsweise auch angesichts eines vorangeschrittenen Verfahrens, die Debatte noch einmal öffnen, ob die Nordwest-Landebahn der richtige Weg ist – oder ob es nicht doch richtig ist, die Atlanta-Variante zu nehmen?

(Dr. Walter Arnold (CDU): Dafür ist es aber ein bisschen spät!)

– Nein, Herr Arnold, wir haben das vor vier Jahren, vor fünf Jahren schon einmal miteinander diskutiert. Das wissen Sie auch.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Herr Arnold, es gab nämlich aus allen Fraktionen den Versuch, diese Diskussion nochmals rational zu führen. Aber es war auch klar: Angesichts der in der Tat schwierigen Umstände um den Bau der Startbahn 18 West und den Tod der beiden Polizisten hat sich keine der Fraktionen gewagt, diese Debatte erneut zu öffnen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Irgendwann besteht Rechtssicherheit!)

Deswegen sage ich Ihnen: Herr Ministerpräsident Bouffier, was nicht geht, ist, sich gerade angesichts der Geschichte auf das friedensstiftende Mediationsverfahren zu berufen, es aber anschließend nicht umzusetzen. Das jedoch tun Sie.

(Lebhafter Beifall und Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich Ihnen: Man kann so regieren,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist so nicht richtig!)

aber man darf so nicht regieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bouffier, es geht um mehr als um Nachtruhe. Sie haben eben gerade den Versuch gemacht, die Entscheidung des „Ob“ von der Entscheidung des „Wie“ zu trennen. Ich

will Sie an eine Beschlussvorlage erinnern, Drucks. 15/1393 – für die Besucherinnen und Besucher: Das ist eine Beschlussvorlage vom 13. Juni 2000. Aufgrund eines gemeinsamen Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU und FDP ging es um die Frage der Würdigung des Mediationsergebnisses. Dort steht wörtlich:

Der Hessische Landtag ist insbesondere der Auffassung, dass die Mediationsgruppe mit den fünf Komponenten Optimierung des vorhandenen Systems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot,

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Anti-Lärm-Pakt und Regionales Dialogforum einen umfassenden und ausgewogenen Vorschlag vorgelegt hat. Der Hessische Landtag macht sich ebenfalls die Forderung der Mediationsgruppe zu eigen, dass die fünf Komponenten des Mediationspaketes untrennbar miteinander verbunden sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Für Sie wird das angesichts der aktuellen Debatte zu einem Dokument der Schande. Denn über die Vorlage Drucks. 15/1393, den Entschließungsantrag von CDU und FDP, wurde anschließend namentlich abgestimmt. Dieser Vorlage haben unter anderem drei Abgeordnete zugestimmt, die ich exemplarisch nennen möchte: Michael Boddenberg – zu dem will ich später noch einmal kommen –, Volker Bouffier und Jörg-Uwe Hahn. Herr Bouffier, das ist Ihr Wort – Ihr Wort –, das gerade gebrochen wird. Darauf will ich an dieser Stelle noch einmal Wert legen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einzige, die in diesem Raum für sich in Anspruch nehmen kann, Hüter des Mediationsergebnisses zu sein, ist die sozialdemokratische Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Denn aus unterschiedlichen Gründen haben sich an unterschiedlichen Weggabelungen unterschiedliche Teile des Hauses davon abgesetzt. Unter Umständen ist das, für sich genommen, an der einen oder anderen Stelle auch nachvollziehbar. Sich aber hierhin zu stellen und zu erklären, man stünde in der Tradition des Mediationsergebnisses,

(Günter Rudolph (SPD): Unverschämtheit!)

das kann ich nicht akzeptieren. Deswegen bin ich ausdrücklich Thomas Jühe – ich begrüße ihn auf der Tribüne recht herzlich – als Vorsitzendem der Fluglärmkommission dankbar, der in diesen Tagen gemeinsam mit der gesamten Region die Erneuerung des Mediationsergebnisses formuliert hat: das, was wir Ihnen heute als Antrag vorlegen. Ich kündige es jetzt schon an: Wir möchten das anschließend in namentlicher Abstimmung abgestimmt wissen.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Greilich (FDP): Das ist nicht überraschend!)

Dies ist das Ergebnis der regionalen Abstimmung. Dem, was wir Ihnen heute vorlegen, können in der gesamten Region Schwarze, Gelbe, Grüne und Rote zustimmen. Denn das ist das gemeinsame Beschlussergebnis der Abstimmung der letzten Wochen. Deswegen gebe ich Ihnen

die dringende Empfehlung: Machen Sie heute mit. Erneuern Sie das Mediationsergebnis, um Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt, und damit will ich zum Thema Wortbruch kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine erstaunliche Änderung der Argumentation beim Nachtflugverbot in den letzten Jahren.

(Nancy Faeser (SPD): In der Tat!)

Ich will Sie mit einem zweiten Zitat – nach dieser berühmten Beschlussvorlage –, den berühmten 9,81 Sekunden von Roland Koch aus dem Jahre 2000, konfrontieren, denn die sind unmittelbar klar und unmissverständlich. Ich zitiere: „Da gibt es keine Interpretationsspielräume: Zwischen 23 Uhr und 5 Uhr gibt es keine geplanten Flüge für Passagiere, Fracht und Charter.“ – So Roland Koch im Jahr 2000.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

In wesentlichen Entscheidungen haben Sie immer und immer wieder darauf gedrungen, dass wir das Nachtflugverbot im Rahmen des Mediationsergebnisses erneuern.

Irgendwann hat sich dann Ihre Argumentation geändert. Auf einmal wurde es eine rechtliche Argumentation – nach dem Motto: So könne man das nicht durchhalten, das sei alles ganz schwierig.

In den letzten Tagen – zu der juristischen Würdigung komme ich später –, in den letzten Wochen und Monaten ändert sich diese Argumentation erneut, insbesondere durch den Wirtschaftsminister, aber eben auch durch den Ministerpräsidenten. Jetzt kommt nämlich eine wirtschaftliche Argumentation, nach dem Motto: Das geht nicht, weil das für die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens schwierig ist.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Wer hat denn das gesagt?)

– Das haben Sie eben indirekt formuliert, und der Minister hat es ausdrücklich gesagt.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Ich komme gleich dazu. Ich will ausdrücklich sagen: Diese Argumente der wirtschaftlichen Belastung sind für die Airlines nicht neu. Die waren bereits Gegenstand des Mediationsergebnisses, im Übrigen auch gutachterlich. Das sind seit dem Jahr 2000 keine neuen Argumente. Das ist für die Airlines ein schwieriges Thema, weil es etwas mit Umläufen, Betriebsprozessen und vielem anderen mehr zu tun hat.

Ich erinnere mich an einen denkwürdigen parlamentarischen Abend der Lufthansa Cargo im Jahr 2006 oder 2007; ich glaube, es war im Jahr 2006. Die Lufthansa hat dort erklärt, wie schwierig das alles ist. Sie hat eine Präsentation vorgestellt und gesagt, darüber müsse man noch einmal nachdenken. – Alois Rhiel nahm den Ball auf. Dann kam der Kollege Boddenberg, damals noch in seiner Funktion als Generalsekretär der CDU – und ich weiß, es war eine denkwürdige Veranstaltung.

(Michael Siebel (SPD): In der Tat!)

Nicht einmal der Kollege Kaufmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat oder hätte den Kollegen Rhiel so hart aufhalten können, wie es Herr Boddenberg getan hat. Der hat ihm unmissverständlich erklärt, das sei alles völliger

Unfug, es würde natürlich bei der Nachtruhe bleiben. – Herr Boddenberg, das war eine andere Wortwahl, aber es war deutlich unfreundlicher, als ich es jetzt formuliert habe.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich daran erinnern: Die wirtschaftlichen Argumente sind nicht neu. Es ist für die Airlines schwierig. Es ist schwierig, aber die Argumente sind nicht neu.

Ein bisschen anders sieht das übrigens beim Thema des Lärms aus. Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er gerade die Lärmstudie angesprochen hat. Allerdings erlaube ich mir den Hinweis, dass diese Lärmstudie gegen den anfänglich erbitterten Widerstand von Schwarz-Gelb in diesem Haus durchgesetzt wurde.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Mit Ihrer Mehrheit? So ein Schwachsinn!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sage ich Ihnen: Man kann so regieren, wie Sie es tun. Aber man darf es nicht tun, wenn man das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen will.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zur nächsten Baustelle. Wir haben Verantwortung übernommen. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden – ich vermute, Herr Posch wird heute dazu noch etwas sagen –: Aufgrund einer Denkfigur – die Herr Posch im Übrigen jetzt hinterfragt – haben wir hier eine mehrtägige Anhörung zum Thema Landesentwicklungsplan und der Frage durchgeführt, wie wir das Thema Flughafen ausbau im Landesentwicklungsplan regeln, um das öffentliche Interesse zu dokumentieren. Die ausbaubefürwortenden Fraktionen – CDU, SPD und FDP – haben das ausdrücklich unterstützt, denn wir hielten das damals für eine kluge Idee, um zu dokumentieren: Es gibt ein besonderes öffentliches Interesse. Deswegen haben wir diese Anhörung hier durchgeführt.

Anschließend haben wir auch entschieden. Auch daran will ich erinnern, denn das geschah anschließend in namentlicher Abstimmung. Das war der Antrag Drucks. 16/6057. Und Überraschung: Ich könnte jetzt die drei Namen, die ich schon genannt habe, wieder vorlesen, denn sie stimmten bei dieser Vorlage wieder mit Ja. Ich will allerdings ausdrücklich erwähnen, dass auch die Kolleginnen und Kollegen Ypsilanti und Schäfer-Gümbel mit Ja gestimmt haben – weil wir gemeinsam dafür Verantwortung übernommen haben.

Es gibt einen Begleitbeschluss. Zu der Geschichte des Begleitbeschlusses muss man jetzt zwei Bemerkungen machen. Es gab rund um den Begleitbeschluss zum Landesentwicklungsplan Versuche, Spiele zu spielen. In der Endphase des Begleitbeschlusses hat die Kollegin Ypsilanti Herrn Koch angerufen und gefragt: „Machen wir jetzt Spielchen, oder wollen wir gemeinsam Verantwortung übernehmen?“ Danach ging es, dann wurden die Spielchen auf der Seite beendet. Danach gab es einen gemeinsamen Beschlusstext, einen Begleitbeschluss, Drucks. 16/7340, vom 10. Mai 2007. In Ziffer 2 des Textes wird dort ausdrücklich formuliert:

Der Hessische Landtag knüpft an das Ergebnis des Mediationsverfahrens an mit seinen untrennbaren Komponenten: Optimierung des vorhandenen Bahnsystems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau,

Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr, Anti-Lärm-Pakt und Einführung eines Regionalen Dialogforums. Eine positive Beschlussfassung geschieht in der Absicht, den Vorschlag der Mediatoren zu verwirklichen, die eine noch bessere Auslastung der vorhandenen Start- und Landebahnen und den Ausbau des Flughafens für notwendig erklärten.

Unter Ziffer 4 lautet es – ich will es nur nachrichtlich sagen, zur Frage, wie verbindlich Beschlusslagen des Landtags genommen werden –:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Jahre 2008 eine Verkehrskonferenz durchzuführen, die sich mit den durch den Ausbau ergebenden und nicht im Planfeststellungsbeschluss berücksichtigten Veränderungen auseinandersetzt und ein entsprechendes Maßnahmenkonzept erarbeitet.

So weit zu den Beschlusslagen aus dem Jahr 2007 und der Verantwortung, die unter anderem die Sozialdemokratie für das wichtigste Infrastrukturprojekt in Hessen übernommen hat, aber auch in Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, denen wir niemals vorgemacht haben, dass es zu einer massiven Entlastung kommt, sondern dass ein Ausbau des Frankfurter Flughafens am Tag auch Mehrbelastung bedeutet und deswegen die Nachtruhe kommen muss. Das haben wir damals versprochen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf mehr bestehen wir heute nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es bleibt bei unserer Position: Wir wollen den Ausbau. Wir wollen aber auch, dass das, was in der Mediation in den fünf untrennbaren Komponenten versprochen wurde, endlich umgesetzt wird.

Wir haben uns nicht vor den Problemen, die es gegeben hat, versteckt. Andere haben in den letzten Jahren versucht, diese Probleme durch Zeitablauf auszusitzen. Sonst wären die anderen drei Komponenten auch genauso konsequent vorangetrieben worden, und zwar zu einer Umsetzungsreife, bevor die Landebahn in Betrieb geht. Wir wollten die Ankündigung nicht erst, kurz bevor die Landebahn in Betrieb geht, weil wir es den Menschen versprochen haben. Daran sieht man auch, wie ernst Sie das genommen haben. Einige von Ihnen haben ganz offensichtlich geglaubt, dass man diese Frage aussitzen kann. Das geht nicht. Man kann so regieren, man darf es aber nicht.

(Beifall bei der SPD)

Damit es noch einmal deutlich wird: Es geht an dem Punkt darum, dass wir für die Region sprechen. Ich bin dem Kreistag des Main-Taunus-Kreises außerordentlich dankbar, dass er das gestern noch einmal sehr einvernehmlich beschlossen hat. Ich zitiere aus dem Beschluss des Kreistags von gestern Abend:

Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf, sich für ein absolutes Nachtflugverbot ohne Ausnahmen einzusetzen. Der Kreistag fordert die Umsetzung des Mediationsergebnisses.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kluger Beschluss. Ich freue mich, dass sich die Region weiter dazu bekennt, auch dies voranzutreiben. Ich ermutige jetzt aber auch den Kollegen Christian Heinz, der dem gestern im Kreistag zugestimmt hat, heute hier in Wiesbaden im Landtag Farbe zu bekennen und unserem Antrag zuzustimmen. Das ist genau das, was Sie gestern beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich zum zweiten Teil des Wortbruchs kommen, weil er noch einmal angesprochen werden muss. Damit komme ich zur Rolle von Herrn Posch. Sie haben gegen Ihr eigenes Versprechen geklagt. Die Landesregierung hat erst ein Planfeststellungsverfahren gegen ihr eigenes Versprechen gemacht – ach, Herr Rhein, Sie sind ja endlich da, ich habe Sie schon vermisst.

(Minister Boris Rhein: Jetzt bin ich da! Wie schön, dass Sie mich vermisst haben!)

– Ja, hier vermissen wir Sie. Zumindest die nächsten zwei Jahre.

Diese Landesregierung hat gegen das eigene Versprechen geklagt und es auch immer begründet, warum sie dagegen geklagt hat. Der VGH hat Sie de facto verurteilt, dass Sie ihr eigenes Wort halten müssen. Sie sollten jetzt diese Chance nutzen. Im Moment gibt es keine Rechtsklarheit, der Punkt ist richtig. Die Frage ist nur, ob es nach der Leipziger Entscheidung mehr Rechtsklarheit gibt oder nicht.

(Florian Rentsch (FDP): Natürlich!)

Das ist jetzt die Glaskugel, die Herr Wagner gleich benutzen wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass es kein Feststellungsurteil mit abschließender Entscheidung gibt, sondern Sie anschließend wieder den Prozess machen müssen, ist ziemlich groß.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das sagt der Prophet Thorsten Schäfer-Gümbel!)

Der VGH hat Sie im Moment gezwungen, Ihr eigenes Versprechen einzuhalten, und das wollen Sie nicht. Wir haben viel Zeit verloren. Sie haben im Übrigen auch den Airlines damit eine falsche Orientierung gegeben.

Ich will auch auf die Verantwortung für die wirtschaftliche Seite eingehen. Nicht einmal diesen Teil können Sie als Landesregierung noch bedienen. Sie haben den Airlines gesagt: Das kann man jetzt alles so machen, dann schauen wir einmal, wie es rumkommt. – Im Ausschuss erklären Sie dann, Sie hätten die Airlines darauf hingewiesen, dass das alles nur vorläufig sei. Sie seien selbst schuld, dass sie es so gemacht hätten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann so regieren, aber man darf es nicht – zum wiederholten Mal in dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Welcher Schriftführer hat Ihnen diesen Unsinn aufgeschrieben?)

An dieser Stelle möchte ich noch auf ein paar andere Zitate eingehen. Ich will noch einmal darauf verweisen, dass die wirtschaftlichen Argumente nicht neu sind. Es gibt andere in Ihren Reihen, die das inzwischen einsehen. Ich will Frau Klöckner, die Oppositionsführerin im rheinland-pfälzischen Landtag, zitieren, die am 22. Oktober nach Meldung des SWR gesagt hat:

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner betonte: „Ein Nachtflugverbot ist absolut notwendig am Flughafen Frankfurt.“ Sie verwies zugleich auf die zahlreichen Arbeitsplätze am Airport. Alle Fraktionen wollen eine Demonstration ... unterstützen.

Der hr zitiert sie weiter:

Die Monate bis zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts werden zeigen, dass der Flughafen in Frankfurt auch ohne Nachtflüge auskommen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau so ist es. So liest sich auch eine entsprechende Mitteilung der Lufthansa, bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Ich will aus einem Rundschreiben an Kundinnen und Kunden zitieren:

Ab sofort ist der neue Winterflugplan in allen Buchungssystemen verfügbar. Die gute Nachricht für Sie: Trotz der massiven Einschränkungen an unserem wichtigsten Drehkreuz werden wir nur zwei wöchentliche Verbindungen nach China aus dem bisherigen Flugplan nehmen müssen, zu denen wir Ihnen Alternativen mit eigenen Frachtern oder den Kapazitäten der Lufthansa Passage anbieten können.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Günter Rudolph (SPD): Es geht doch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schwierig. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass es eine riesige Herausforderung war, nach der sehr kurzfristigen Entscheidung des VGH. Aber es ist möglich. Sie haben mit Ihren falschen Entscheidungen die falsche Orientierung für die wirtschaftliche Entwicklung der Airlines gegeben. Auch dafür sind Sie verantwortlich. Nicht einmal mehr das können Sie.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen will ich abschließend noch etwas sagen. Wir haben heute eine große Chance. Sie haben heute eine große Chance, das gilt nicht nur für Herrn Heinz. Er kann sich heute durchsetzen. Sie haben heute die Chance, als Hessischer Landtag das Mediationsergebnis zu erneuern, so wie es die Region einfordert, so wie es von den Vertreterinnen und Vertretern in den letzten Wochen und Monaten formuliert worden ist.

Die Mediation war richtig, auch um den Ausgleich bei großen Infrastrukturmaßnahmen zu machen. Das ist auch der Unterschied zu Stuttgart 21 gewesen. Da gab es kein Mediationsverfahren. Man kann sich nicht auf die Mediation berufen, wenn man sie anschließend nicht umsetzt.

Es ist ein Segen für die Menschen in der Region, dass sie in den letzten zwei Nächten Nachtruhe hatten. Was glauben Sie eigentlich, was passiert, wenn nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts dieser Weg, weil Sie es politisch nicht anders wollten, wieder aufgehoben und nachts wieder geflogen wird? Was glauben Sie eigentlich, welchen Vertrauensverlust die Politik insgesamt dadurch erleiden wird? Deswegen sage ich Ihnen: Nehmen Sie ernst, was passiert ist. Wir haben das versprochen. Wir haben Nachtruhe versprochen. Das haben wir als Angebot gemacht zum Ausgleich für die Belastungen.

Kehren Sie zurück, erneuern Sie mit uns das Mediationsergebnis, damit das gilt, was Roland Koch im Jahr 2000 formuliert hat – die berühmten 9,81 Sekunden –: „Da gibt es keine Interpretationsspielräume: Zwischen 23 Uhr und 5 Uhr gibt es keine geplanten Flüge für Passagiere, Fracht und Charter.“

Das sollten wir ernst nehmen. Sie haben heute eine Chance dazu. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich erteile Herrn Abg. Dr. Wagner für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Sondersitzung heute ist eine der überflüssigsten Sitzungen des Hessischen Landtags überhaupt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Nancy Faeser (SPD): Wollen Sie das den Menschen dort oben sagen?)

Es gibt heute keinen neuen Entscheidungsbedarf. Zwei Wochen später, während der regulären Landtagssitzungswoche ab dem 15. November, hätte die Thematik genauso gut behandelt werden können wie heute.

Meine Damen und Herren, die Opposition hat diese völlig unnötige Sitzung beantragt, nicht um seriöse Argumente auszutauschen und über Arbeitsplätze und Lärmschutz nachzudenken. Nein, Sie missbrauchen den Hessischen Landtag als Forum für Ihre Kampagnen. Ihnen von der SPD und den GRÜNEN ist es gleichgültig, dass Ihre heutige Politinszenierung den Steuerzahler rund 40.000 € kostet.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Wir lassen nicht zu, dass Sie den Landtag zur Bühne Ihrer Parteipropaganda machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Michael Siebel (SPD): Herr Präsident, das ist nicht zulässig!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen klar und deutlich sagen, was der Sachverhalt ist. Lassen Sie uns doch bitte einmal sine ira et studio diesen klären und den schwierigen Abwägungsprozess, den wir hier als Politiker vornehmen müssen, beschreiben. Die Fluglärmbelastigung im Rhein-Main-Gebiet ist ohne jeden Zweifel erheblich. Das stellt niemand, aber auch wirklich niemand in Abrede. Natürlich sind die Flugzeuge in den vergangenen Jahren deutlich leiser geworden. Es sind aber auch deutlich mehr geworden. Deshalb ist und bleibt es das stete und auch wirklich ernsthafte Wollen der christlich-liberalen Koalition, den Fluglärm nachdrücklich zu mindern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer dies bestreitet, ignoriert die zahlreichen Aktivitäten, die wir längst auf den Weg gebracht haben.

Es ist und bleibt auch in dieser Zeit eine große Herausforderung, das Ruhebedürfnis der Bevölkerung auf der einen Seite und die bedeutende Funktion des Flughafens für die gesamte Wirtschaft auf der anderen Seite in einen Ausgleich zu bringen. Das ist eine große Aufgabe, die Verantwortungsbewusstsein fordert und Polemik und Geschrei nicht verträgt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, dass wir uns mit hohem Verantwortungsbewusstsein um den Lärmschutz für unsere Bürger kümmern, wird aus zahlreichen Initiativen der letzten Jahre bis zum heutigen Tage deutlich. Ich nenne das Maßnahmenpaket „Aktiver Schallschutz“. Dieses Maßnahmenpaket wurde bereits 2010 vorgestellt und umfasst den Anflug im kontinuierlichen Sinkflug in der

Kernnacht, die Nutzung der lärmärmsten Startbahn und Abflugrouten und die Geschwindigkeitsbeschränkung auf Abflugrouten sowie das Verbot der Schubumkehr bei Landungen.

Ich nenne die neue Lärmschutzverordnung für das Rhein-Main-Gebiet. Mit dieser Verordnung erhält die Bevölkerung im Umland die erforderlichen Mittel für Schallschutzmaßnahmen an Wohngebäuden und an schutzbedürftigen Einrichtungen wie z. B. Krankenhäusern und Altenheimen. Und ab einem bestimmten Dauerschallpegel besteht Anspruch auf einen Ankauf des Grundstücks durch Fraport.

Außerdem haben wir einen deutlich strengeren Lärmwert von 50 dB(A) eingeführt. Wir haben uns im Interesse des Schutzes der Bevölkerung, der Menschen für niedrigere Werte entschieden und damit der Fraport zusätzliche Kosten zugewiesen.

Ich nenne die zusammen mit der Fraport und der Deutschen Flugsicherung gebildete Taskforce zu Flughöhen und Flugrouten. Diese Einrichtung ist für die enge Kommunikation und die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zur Überwindung der Lärmbelastigung von zentraler Bedeutung.

Ich nenne die aktuelle und umfassende Lärmwirkungsstudie NORAH des Umwelt- und Nachbarschaftshauses. Ich will übrigens am Rande erwähnen, dass ich es beeindruckend finde, dass sich Herr Schäfer-Gümbel hierhin stellt und sagt: Das haben wir hier durchgesetzt. – Noch haben wir hier die Mehrheit, und die werden wir auch weiterhin behalten. Überschätzen Sie sich nicht, lieber Herr Schäfer-Gümbel.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD)

Diese Studie wird Auskunft geben über die Auswirkungen von Verkehrslärm in der Region und Fragen zu Zusammenhängen zwischen Belastung, Belästigung und Gesundheit klären. Damit wird eine völlig neue Entscheidungsgrundlage geschaffen.

Ich nenne das Casa-Programm der Fraport AG. Die Fraport hat Immobilien angekauft und anzukaufen gehabt, die in weniger als 350 m Höhe überflogen werden.

Ich nenne weitere Lärmschutzmaßnahmen: Die Zahl der zulässigen Flugbewegungen in der gesetzlichen Nacht wird begrenzt. Starten und landen dürfen nur lärmarme Flugzeuge der neuesten Generation. Ich nenne lärmmindernde Maßnahmen an Triebwerken bei der Bestandsflotte der Lufthansa. Außerdem wird und ist die Landebahn Nordwest von Anfang an komplett geschlossen von 23 Uhr bis 5 Uhr.

Diese zahlreichen Aktivitäten sind Gegenstand unseres entschlossenen Willens, hohe Lärmbelastigungen einzuschränken. Meine Damen und Herren, das ist uns wahrlich nicht gleichgültig, und deshalb werden wir uns sehr ernsthaft mit einer weiteren Entwicklung von zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen beschäftigen müssen. Das ist für die heutige Zeit, für die Gegenwart und für die Zukunft eine Aufgabe von uns allen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber das alles passt natürlich nicht in das Bild einer Opposition, die statt in Seriosität in Kampagnen und Polemik macht. Auch in Sachen Nachtflugverbot betreiben SPD und GRÜNE eine unverantwortliche Geschichtsklitterung. Wie ist hier der Sachverhalt?

Als die rot-grüne Landesregierung seinerzeit mit der Notwendigkeit des Baus einer weiteren Landebahn konfrontiert wurde, gab es schon damals bei der Fraktion der GRÜNEN ein klares Nein. Das hat bei den GRÜNEN Tradition. Schon zu Zeiten der Startbahn West konnte man die GRÜNEN bei allen Demonstrationen dagegen erleben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
So ist es!)

In der SPD-Fraktion gab es damals eine Mehrheit, die den Ausbau des Flughafens wollte. In dieser Lage hat Ministerpräsident Eichel zur Überbrückung der Koalitionsgräben ein Mediationsverfahren vorgeschlagen. Dies hat Herr Schäfer-Gümbel vorgetragen, ich brauche es nicht zu wiederholen. Ich will insbesondere ausdrücklich sagen: Jawohl, dort stand auch das Nachtflugverbot. Ich füge hinzu: Die Hessische Landesregierung unter Roland Koch übernahm das Mediationsergebnis in vollem Umfang, einschließlich des Nachtflugverbots.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

– Warten Sie bitte erst einmal ab. – Es war der erklärte Wille der Landesregierung, das Nachtflugverbot tatsächlich umzusetzen.

Meine Damen und Herren, jetzt kommt der Sachverhalt, den Sie permanent ausblenden, und das halte ich nicht für redlich. Ich will Ihnen den Sachverhalt vortragen. Das Bundesverwaltungsgericht entschied im Jahre 2006 über den Ausbau von Berlin-Schönefeld. Tenor des damaligen Urteils war, dass bei einem Verkehrsflughafen nicht ohne Weiteres ein Nachtflugverbot verhängt werden darf,

wenn entsprechender standortspezifischer Nachtflugbedarf vorliegt und die Beschränkung der Nachtflugerlaubnis die Funktionsfähigkeit des Flughafens gefährden würde.

Meine Damen und Herren, das war ein neuer Sachverhalt, den Sie nicht zur Kenntnis nehmen, den Sie ausblenden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bitte Sie, dass Sie das wenigstens in Ihrer Argumentation aufgreifen. Und sagen Sie uns bitte, wo wir aus Ihrer Sicht nicht schlüssig gehandelt hätten – unter Beachtung dieser Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts.

Meine Damen und Herren, mit dieser Entscheidung stand fest, dass ein Nachtflugverbot ohne Ausnahmen rechtlich nicht haltbar wäre.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
So ein Unsinn!)

– Sie rufen: „So ein Quatsch!“ Es ist typisch für Ihre Rechtsauffassung und für Ihr Verhältnis zu unserem Rechtsstaat, dass Sie von einem höchstrichterlichen Urteil sagen, es sei Quatsch, weil es nicht in Ihre Argumentation passt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Rechtsprechung musste die Planfeststellungsbehörde berücksichtigen. Das war eine neue Sachlage – nehmen Sie das bitte zur Kenntnis –, die zu beachten war und die die Opposition bis zum heutigen Tage ignoriert. Genau das ist der Punkt, wo wir uns unterscheiden. Nach unserem Bekenntnis zum Nachtflugverbot – auch die CDU-Fraktion hat sich dazu bekannt – ist eine neue Rechtslage

eingetreten. Die neue Rechtslage müssen Sie zumindest bewerten. Sie dürfen sie jedenfalls nicht ignorieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lebhaftes Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das hessische Wirtschaftsministerium hätte es sich damals sehr einfach machen können. Es hätte trotz des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts einfach „null Nachtflüge“ in den Plan hineinschreiben können, um sich für den Moment allen Angriffen zu entziehen. Dieser Plan wäre aber wegen der Rechtsprechung rechtlich angreifbar gewesen und hätte daher zu einer erheblichen Verzögerung des Baus der Landebahn geführt.

(Widerspruch der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Stattdessen hat sich die Landesregierung – auch das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen – im Dezember 2007, sechs Wochen vor der Landtagswahl am 27. Januar 2008, für Klarheit und für Wahrheit statt für Populismus entschieden.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir wollten den Bürgern vor der Wahl sagen, worum es geht, und wir wollten uns nicht feige wegducken.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ging darum – ich sage das der Opposition zum dritten Mal –, den Planfeststellungsbeschluss in Einklang mit der neuen Rechtsprechung zu bringen. Das war der Grund, warum wir sagten, ein Nachtflugverbot werde nur mit Ausnahmen rechtlich haltbar sein. Das war aus der Sicht der bürgerlichen Regierung der einzige Grund, warum der Wirtschaftsminister 17 Ausnahmen in dem Planfeststellungsbeschluss vorsah. Setzen Sie sich doch bitte damit einmal auseinander.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Kleinbürgerliche Regierung! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seitdem ergehen sich die GRÜNEN und die SPD in unerhörten Beschimpfungen. Ich frage Sie jetzt einmal umgekehrt – man muss sich immer auch in die Lage des anderen versetzen –: Welche Motive vermuten Sie eigentlich bei uns, Herr Schäfer-Gümbel, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir uns so verhalten, wie Sie es nicht wollen?

(Nancy Faeser (SPD): Wirtschaftliche! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie laufen jedem Lobbyisten hinterher!)

Welche Motive vermuten Sie? Darüber schweigen Sie. War es aus Ihrer Sicht bloße Willkür der Regierung, um der Opposition Futter für Kampagnen zu liefern?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es hier klar und deutlich: Wir wollten und wollen eine Erweiterung des Frankfurter Flughafens auf gesicherter rechtlicher Basis. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Motivation der GRÜNEN war und ist bis auf den heutigen Tag eine völlig andere. Genauso wie die Start-

bahn West wollen Sie die neue Landebahn mit allen Mitteln verhindern. Sie gaben ein Nachtflugverbot vor und hätten in Kauf genommen, dass dann die alte Nachtflugregelung mit 60 bis 70 Nachtflügen in Kraft geblieben wäre. Das habe ich Ihnen bereits vor zwei oder drei Jahren von dieser Stelle aus vorgehalten. Diese Ihre Motivationen nenne ich intellektuell unredlich. Wir sollten schon sauber miteinander argumentieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich noch eines hinzufügen. Wer den Koalitionsvertrag, den 2008 Rot, Rot und Grün unter Mitwirkung von Herrn Schäfer-Gümbel geschlossen haben, liest, der stellt fest, dass wir heute, am 1. November, noch viele Jahre auf die Fertigstellung der neuen Landebahn warten müssten, weil Sie bei Ihrem faulen Koalitionskompromiss mit den GRÜNEN und der Linkspartei nämlich bereit waren, in Kauf zu nehmen, dass es zu einer erheblichen Verzögerung der Fertigstellung dieser Landebahn kommen würde. Das halte ich Ihnen hier vor.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen kann heute noch dankbar sein, dass es vier aufrechte Sozialdemokraten waren, die dieses verhindert haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch das noch! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf ein weiteres Beispiel purer Polemik von Herrn Schäfer-Gümbel eingehen. Herr Schäfer-Gümbel, Sie werden nicht müde, gegen alle Fakten, die ich Ihnen hier vorgetragen habe, die Sie zum Teil einfach ignorieren, von einem „Wortbruch der Landesregierung“ zu sprechen. Ich muss Ihnen sagen, Herr Schäfer-Gümbel: Ich finde es schon dreist, wenn Sie, die Sie zusammen mit der hessischen SPD und Frau Ypsilanti im Jahre 2008 für den größten Wortbruch in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich zeichnen, diesen Begriff zur Verunglimpfung des politischen Gegners gebrauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Gernot Grumbach (SPD): Märchenerzähler! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie wussten damals ganz genau: An die Macht kommen Sie nur zusammen mit den LINKEN. Dennoch haben Sie vorsätzlich und bewusst im Wahlkampf das Gegenteil von dem behauptet, was Sie anschließend umzusetzen versuchten.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Norbert Schmitt (SPD): In Ihrer Partei gibt es da noch ganz andere!)

Mit Ihrem damaligen Wortbruch sind Sie zum Glück auf ganzer Linie gescheitert. Herr Schäfer-Gümbel, ich empfehle Ihnen, den Begriff Wortbruch nur noch dann zu verwenden, wenn Sie von Ihrer Parteigeschichte des Jahres 2008 reden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsche Rede!)

Ich möchte aber auch noch etwas an die Adresse der GRÜNEN sagen. Sie waren von Anfang an gegen den Ausbau des Flughafens. Dazu bekennen Sie sich auch heute. Das ist nicht neu. Überall, wo es um die Verhinde-

rung von Infrastrukturprojekten geht, finden wir die GRÜNEN ganz vorne: bei der A 44, bei der A 49, beim Flugplatz Kassel-Calden, beim Frankfurter Flughafen. Sie sind immer dagegen. Das aktuellste Beispiel in Deutschland ist Ihre Haltung zur A 100 im Lande Berlin. Dazu hat der sozialdemokratische Bundesvorsitzende vor wenigen Tagen gesagt: „Ich will zwar Wohlstand, behaupten die GRÜNEN, aber nicht die damit verbundenen Belastungen.“ Das hat er an die Adresse der GRÜNEN gesagt. Hier hat er ausnahmsweise recht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Münchner Oberbürgermeister Ude sagte: „Es scheint ein Hobby der grünen Partei zu sein, Verkehrsprojekte fundamentalistisch abzulehnen, sodass am Ende kein Spielraum mehr für Kompromisslösungen ist.“ So der Genosse Sozialdemokrat Ude aus München. Ich wundere mich, dass die SPD-Fraktion jetzt nicht klatscht, dass Sie Ihrem Parteifreund jetzt nicht Beifall zollen.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte zur Frage der Revision noch Folgendes klarstellen. Die Revision – das hat der Herr Ministerpräsident bereits in aller Deutlichkeit gesagt – ist der schnellste Weg zum Rechtsfrieden und zu einer rechtlich gesicherten Existenz des Flughafens. Die Opposition ist an einem wirklich seriösen Gedanken- und Argumentationsaustausch nicht interessiert, wie wir auch heute wieder gehört haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir angesichts des Urteils des VGH auf die Feststellung, die Zahl der nächtlichen Flugbewegungen müsse „nahe null“ sein, reagieren, dann müssten wir, wie der Herr Ministerpräsident völlig zu Recht ausgeführt hat, ein neues Planfeststellungsverfahren durchführen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

– Das wollen Sie gerne. Sie wollen ja nur verzögern. Das ist der Leim, auf den Sie die anderen zu führen versuchen. Ich danke Ihnen für diese ausdrückliche Bestätigung.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Hessische Verwaltungsgeschichtshof hat in seiner Entscheidung im Übrigen gesagt: Das Verfahren gibt dem Bundesverwaltungsgericht Gelegenheit, sich zu Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Fluglärmschutzgesetz grundsätzlich zu äußern.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zum Prozedere sagen. Wenn es den Sozialdemokraten hier im Hause wirklich ernst wäre und es ihnen um die Sache ginge, dann würden sie mit uns einverstanden sein, dass sämtliche Anträge der Fraktionen an die Ausschüsse verwiesen und dort beraten werden und dann, mit einer entsprechenden Beschlussempfehlung versehen, wieder in das Plenum kommen. Nein, sie wollen heute Klamauk veranstalten. Sie haben eine namentliche Abstimmung gefordert, weil das in Ihre Polemik und in Ihre Kampagne passt. Da machen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten – das will ich ausdrücklich sagen – nicht mit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich zusammenfassen. Der Planfeststellungsbeschluss vom 18. Dezember 2007 sieht unter anderem

Folgendes vor: erstens die Errichtung einer neuen Landebahn mit einem absoluten Nachtflugverbot, zweitens ein Nachtflugverbot für den übrigen Flughafen mit bis zu 17 Ausnahmen – statt bisher 60 Nachtflügen.

Diese Ausnahmen, ich wiederhole, sind allein der geänderten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts geschuldet. Ein Unterlassen der Revision hätte eine jahrelange Verzögerung des Ausbaus des Flughafens bedeutet.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ganz zum Schluss feststellen – ich wiederhole, was ich eingangs gesagt habe –: So wenige Nachtflüge wie möglich, Lärminderung in der Nacht und am Tag bleiben für uns als christlich-liberale Koalition weiterhin höchste Priorität.

(Gernot Grumbach (SPD): Wann denn?)

Der Ministerpräsident hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir durch die erweiterten Flugzahlen jetzt natürlich auch tagsüber zusätzliche Belastungen der Bevölkerung haben; auch damit müssen wir uns in verantwortlicher Weise auseinandersetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich rate uns allen – jenseits aller Polemik, jenseits aller Kampagnen –, mit hoher Sensibilität über diese Dinge, den Lärmschutz und die Befindlichkeit der betroffenen Bevölkerung, weiterhin im Dialog zu bleiben und über weitere Maßnahmen zu sprechen. Der umfangreiche Dialog der Gegenwart und der Vergangenheit, den ich vorgebracht habe, ist nicht abgeschlossen; er wird weiterhin fortgesetzt werden müssen. Das ist unser Auftrag im Dienste und zum Schutze der Menschen in unserem Lande. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Zu einer Kurzintervention hat jetzt Herr Schäfer-Gümbel Gelegenheit. Für unsere Zuschauer: Dafür stehen zwei Minuten Redezeit zur Verfügung.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Wagner, ich will nur drei kurze Bemerkungen machen, die mir möglich sind, nachdem ich mal 80 % Ihrer Rabulistik vor die Klammer ziehe.

Der erste Punkt, der mir wichtig ist, lautet: Wir werden uns zu den Fragen, wie lange dieses Verfahren noch dauern wird und wie mit gerichtlichen Entscheidungen umgegangen wird, nach dem 13. März nächsten Jahres wiedersehen.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dann werden wir einmal schauen, welches Verfahren länger gedauert hätte, das, was damals unter Rot-Grün im Koalitionsvertrag vorgeschlagen wurde, weil wir fest davon ausgehen, dass Sie es ohnehin werden tun müssen, oder ob Ihr Versuch der bessere ist, es erst durchzuklagen und am Ende zu schauen, was kommt, wobei wir – anders als Sie – versuchen, die Nachtruhe wiederherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Ich kann verstehen – auch unter dem Stichwort Rabulistik –, dass Ihnen diese Sitzung nicht passt und dass es Ihnen nicht passt, dass wir dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung holen, weil es ein schwieriges ist. Ich kann auch akzeptieren, dass Sie uns die Ernsthaftigkeit der Vorschläge nicht abnehmen. Das kann ich alles nachvollziehen, sozusagen aus Ihrer krampfhaften Art, in diesem Haus Regierungspolitik umzusetzen. Sie müssen aber zumindest zur Kenntnis nehmen, dass das, was wir Ihnen als Text vorgelegt haben, das ist, was ein schwarz-gelb regierter Main-Taunus-Kreis, eine große Koalition im Hochtaunuskreis, Schwarz-Grün in Frankfurt, Rot-Grün in Groß-Gerau und eine Große Koalition in Wiesbaden im Umgang mit dem Nachtflugverbot und dem gesamten Mediationsergebnis als gemeinsame Position formulieren. Sie könnten in diesem Haus wenigstens Ihre eigenen Leute und Herrn Heinz ernst nehmen, der gestern zugestimmt hat, wenn Sie es uns schon nicht abnehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als letzten Punkt eine ganz kurze Bemerkung:

Vizepräsident Lothar Quanz:

Bitte ganz kurz.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Wagner, ich finde die Art und Weise, wie Sie hier wieder rabulistisch vorgegangen sind, unangemessen angesichts der emotionalen Verfasstheit der Bürgerinnen und Bürger in Flörsheim, die dieser Debatte auch folgen werden. Ich empfehle Ihnen dringend, dasselbe zu tun wie ich: Gehen Sie nach Flörsheim, reden Sie mit den Betroffenen, werben Sie für Ihre Position. Wir werden dort wenig Sympathie für Ihre und meine Position finden. Lassen Sie die Menschen aber bitte nicht allein, so wie Sie es heute in der Debatte angelegt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Schäfer-Gümbel. – Herr Dr. Wagner, Sie haben Gelegenheit, zu antworten. Sie haben ebenfalls zwei Minuten; Sie kennen das.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedauere, dass Herr Schäfer-Gümbel in der Kurzintervention nicht die Gelegenheit genutzt hat, um endlich einmal den wahren Grund anzusprechen und sich damit intellektuell auseinanderzusetzen, dass es nach dem absoluten Nachtflugverbot, für das wir auch eingetreten sind, eine Veränderung der Sach- und der Rechtslage gegeben hat. Herr Schäfer-Gümbel, Sie dürfen nicht dauerhaft Rechtsprechung und Recht ignorieren. Eben das führt uns in die Sackgasse. – Das ist das Erste.

Zweitens. Herr Schäfer-Gümbel, es ist doch falsch – dazu braucht man wirklich nur die vier Grundrechenarten zu beherrschen –, wenn Sie behaupten, bei Ihren Verfahren wäre es kürzer gegangen. Wir haben jetzt einen Planfeststellungsbeschluss; der ist vom VGH beschieden worden,

und zwar ein „Ja“ zum Ausbau und ein „nahe null“ zum Nachtflug.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Jetzt sind wir in der zweiten Instanz. – Bei Ihren Verfahren hätten wir nach dem Planfeststellungsbeschluss, nach der Entscheidung des VGH einen neuen, geänderten Planfeststellungsbeschluss gehabt, der wieder zum VGH und dann zum Bundesverwaltungsgericht gegangen wäre. Meine Damen und Herren, wie kann man da eigentlich auf die Idee kommen, dass das kürzer sei?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Gernot Grumbach (SPD)): Das ist es!

Lassen Sie uns klar und deutlich sagen – Sie haben dies in den Äußerungen des Ministerpräsidenten und hoffentlich auch in meinen bemerkt –: Wir stellen uns dieser Thematik,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, ja!)

und zwar mutig, klar und deutlich, wie wir es vor der Landtagswahl getan haben und wie wir es heute tun. Diese heutige Sitzung war völlig überflüssig, weil wir dasselbe Thema auch in zwei Wochen miteinander besprechen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Clemens Reif (CDU): So sieht es aus!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Als Nächster spricht Herr Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben 22 Minuten Redezeit.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sowohl Ministerpräsident Bouffier als auch der Fraktionsvorsitzende der CDU halten diese Landtagssitzung für überflüssig.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ja, als Sondersitzung!)

Herr Kollege, ich finde, dass das gegenüber den Belastungen der Bürgerinnen und Bürger, gegenüber den Sorgen und Nöten eine unerträgliche Ignoranz ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten!)

– Herr Wagner, ich weiß, Sie kriegen gar nichts mit, aber dann sage ich es halt dem Herrn Bouffier. – Ich will Ihnen vielleicht einmal die Geschichte der letzten Nacht erzählen. Ich bin nach Hause gekommen und habe mich gewundert, warum es auf einmal so leise ist, weil ich die ganze letzte Woche, jedenfalls vorher, ziemlich viel Lärm hatte – zusätzlichen Lärm, den es vorher nicht gab.

(Florian Rentsch (FDP): Von außen oder von innen?)

Ich habe dann gemerkt, dass Ostwind ist. Ich gebe zu, ich habe mich kurz über diesen Ostwind gefreut und habe nachher gedacht: Was ist das für eine perverse Situation, dass ich mich über den Ostwind freue und in derselben Zeit in Flörsheim die Tassen im Schrank wackeln?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin dann eingeschlafen und um 4:57 Uhr aufgewacht. Das mag ein Zufall gewesen sein, dass ich um 4:57 Uhr aufgewacht bin, aber ich konnte ohne Öffnen der Augen sagen, dass sich der Wind gedreht haben muss. Ich habe nachher nachgeschaut: Es war die US Airways 700 aus Philadelphia.

Herr Bouffier und Herr Wagner, Sie haben nur über die Vergangenheit geredet. Sie haben für die Bürgerinnen und Bürger, die jetzt zusätzlich belastet sind, keine einzige Antwort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Situation ist die, dass wir seit vorletztem Freitag, seit der Eröffnung der neuen Nordwestbahn, in der Rhein-Main-Region dramatische zusätzliche Belastungen durch Fluglärm haben. Die südlichen Stadtteile von Frankfurt, die Innenstadt von Offenbach, Teile des Main-Taunus-Kreises, ein Gebiet vom Main-Kinzig-Kreis bis hinüber nach Rheinland-Pfalz sind in unterschiedlichem, aber bisher nicht gekanntem Maße vom Fluglärm betroffen. Teile der Stadt Flörsheim sind bei Ostwind aus meiner Sicht faktisch unbewohnbar geworden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann überlegen Sie sich noch einmal, ob Sie diese Debatte wirklich für überflüssig halten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Manche Bürgerinnen und Bürger haben erstmals eine Belastung durch Fluglärm, andere haben eine höhere Belastung als bisher. 14 Jahre nach Beginn der Diskussion über einen erneuten Ausbau des Flughafens erleben viele, was die bisher abstrakte Zunahme des Lärms real heißt. Ich nehme wahr, dass die Menschen entsetzt sind. Teilweise fallen sie sogar in eine Art Schockzustand. Ich höre immer wieder: Es ist noch schlimmer, als wir zuvor befürchtet hatten.

Das hat alles nichts mit der Zeit zwischen 23 und 5 Uhr und nichts mit der Debatte über das Nachtflugverbot zu tun, sondern es sind die Folgen eines Ausbaus, der zum Ziel hat, den Frankfurter Flughafen, der mitten in einer der am dichtesten besiedelten Regionen und in einem der am dichtesten besiedelten Ballungsräume Deutschlands liegt, zum größten Flughafen Europas zu machen. Wir hielten das immer für falsch, weil der Flughafen unserer Ansicht nach aufgrund der Stelle, an der er liegt, die Grenzen des Wachstums schon lange erreicht hatte.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie würden doch keinen Flughafenausbau in Deutschland unterstützen! Sie wären immer dagegen!)

– Herr Wagner, sehen Sie, Sie sind ein Flughafenexperte, der nicht wahrgenommen hat, was in Berlin passiert ist, und der nicht wahrgenommen hat, was in München passiert, sondern Sie sind jemand, der einen Flughafen mitten in einem Ballungsraum immer weiter ausbauen will.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): In Berlin haben Sie schlecht ausgesehen!)

Herr Kollege Wagner, ich finde es sehr interessant, wie sehr Sie sich heute entlarven.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Unserer Ansicht nach ist dieser Flughafen in der Mitte des Ballungsraums jetzt endgültig über die Grenzen des Wachstums hinausgegangen. Er hat sie überschritten.

Die aktuelle Flut an Briefen, Anrufen und E-Mails, in der sich Empörung und Entsetzen äußern, spricht für sich. Manche Menschen – am drastischsten ist das in Flörsheim – haben das Gefühl, dass man ihnen die Heimat nimmt und dass sie aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Wir verkennen nicht, dass seit der ersten Forderung der Lufthansa nach einem neuerlichen Ausbau des Flughafens vier Landtagswahlen stattgefunden haben. Bei jeder dieser Wahlen haben die Ausbaubefürworter der CDU, der SPD und der FDP über 75 % der Stimmen bekommen. Etliche derer, die jetzt von der zusätzlichen Einflugschneise oder von der Verschiebung der Gegenanflugstrecken betroffen sind, haben den Flughafenausbau lange befürwortet, da sie die Konsequenzen nicht erkennen wollten oder konnten.

Ich sage an dieser Stelle gerade nicht: „selbst schuld“, sondern ich weise die Abgeordneten der CDU und der FDP darauf hin, dass auch Menschen betroffen sind, von denen Sie in dieses Parlament gewählt wurden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten sie endlich ernst nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Seit Sonntagabend gilt erstmals ein absolutes Nachtflugverbot. Das Mediationsverfahren wird in seinem Erfolg oder Misserfolg von uns hier unterschiedlich bewertet. Hinsichtlich des absoluten Nachtflugverbotes waren wir uns allerdings anfangs einig. Im Mai 2000 hat dieses Parlament einstimmig beschlossen, dass es ein absolutes Nachtflugverbot geben muss. Sie haben sogar immer davon gesprochen, dass das die Bedingung für den Ausbau sei.

Ich habe die markigen Worte von Roland Koch noch im Ohr. Ich habe aber auch noch die Äußerung des Jörg-Uwe Hahn im Ohr, der gesagt hat, es handle sich um zwei Seiten ein und derselben Medaille. Jetzt gehört derselbe Jörg-Uwe Hahn einer Regierung an, die gegen die Erfüllung des von ihm gegebenen Versprechens klagt. Das ist doch verrückt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben im letzten Jahr in dieser Republik viel über den sogenannten Wutbürger gesprochen. Wer wissen will, was das Phänomen Wutbürger entsteht, der muss die Geschichte des Mediationsverfahrens am Frankfurter Flughafen, die Entwicklung des Nachtflugverbots und den Wortbruch der CDU und der FDP im Hessischen Landtag betrachten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zuerst gab es nämlich das hochheilige Versprechen: Wir belasten euch mehr am Tag, aber dafür gibt es wenigstens sechs Stunden Ruhe in der Nacht. – Dann fingen die ersten Lobbyisten an, Schwarz-Gelb neue Parolen ins Ohr zu flüstern. Herr Kollege Schäfer-Gümbel hat den berühmten parlamentarischen Abend der Lufthansa Cargo schon erwähnt. Herr Boddenberg hat sich damals sehr deutlich geäußert. Lang, lang ist es her.

Diese Regierung hat 2007 ihr Versprechen gebrochen: Sie hat den Ausbau und durchschnittlich 150 Nachtflüge zwischen 22 und 6 Uhr genehmigt, davon 17 Flüge in der vor-

her geradezu zum Heiligtum erklärten Mediationsnacht zwischen 23 und 5 Uhr. Der Grund waren die Einflüsterungen der Luftverkehrswirtschaft. Die Begründung war damals natürlich eine andere. Sie lautete: Wenn man diese Ausnahmen vom Nachtflugverbot nicht genehmigen würde – wir haben es gerade eben von Herrn Kollegen Wagner noch einmal gehört –, dann würden die Nachtflüge am Ende überhaupt nicht rechtssicher eingeschränkt werden können. So hat man das damals erklärt.

Sie haben dann im Jahr 2008 und auch heute noch einmal erklärt, eine Planergänzung mit dem Ziel, das absolute Nachtflugverbot nachträglich einzuführen, würde den gesamten Ausbau gefährden. Ich denke in diesen Tagen nicht nur an manche Presseerklärungen der Landesregierung, der CDU und der FDP aus diesen Tagen zurück, ich denke auch an manche Kommentare, die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und im „Wiesbadener Kurier“ standen. Ich will damit nur einige Beispiele nennen. Ich denke aber auch an manche Äußerungen eines gewissen Jürgen Walter aus dem Oktober 2008 zurück.

Herr Wagner, die Begründung für das nicht gehaltene Versprechen eines absoluten Nachtflugverbotes und die angebliche Unmöglichkeit einer nachträglichen Veränderung der Planfeststellung war schlicht falsch. Sie war von vorne bis hinten falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat im Jahr 2009 genau diesen Teil des Planfeststellungsbeschlusses 2009 aufgehoben und als rechtsfehlerhafte Abwägung bezeichnet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Er hat genau die Planergänzung gefordert, von der Sie vorher immer gesagt haben, dass sie, rechtlich gesehen, unmöglich sei. Herr Wagner, diese Begründung war und ist von vorne bis hinten falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, die ganze schreckliche Geschichte wird immer schlimmer. Schlimm genug, dass Sie Ihr eigenes Versprechen nicht einhalten wollten.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Woher wissen Sie denn das?)

Im Jahre 2009 hatten Sie alle Instrumente in der Hand, um Ihr Versprechen zu halten. Der Verwaltungsgerichtshof hat Sie sogar dazu aufgefordert, Ihr Versprechen zu halten. Was haben Sie gemacht? Sie sind vor das Bundesverwaltungsgericht in Revision gegangen, um dagegen zu klagen, Ihr eigenes Versprechen halten zu müssen. Herr Kollege Wagner und Herr Ministerpräsident, ich würde an Ihrer Stelle vor Scham rot werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Die Begründung lautete diesmal, die Landesregierung sei geradezu gezwungen, Revision einzulegen, man bräuchte jetzt endlich Rechtssicherheit, deshalb sei es geradezu zwingend, Revision einzulegen. Auch diese Begründung ist schlichtweg falsch. Rechtssicherheit bekommt man durch ein Urteil der höchsten Instanz, das ist richtig. Aber

dazu bräuchte es keine Revision des Landes Hessen, schließlich ist das Land Hessen nicht der einzige Kläger.

Ich würde mit Ihnen wetten: Wenn die Landesregierung morgen beschließen würde, die Revision zurückzunehmen, würde es trotzdem am 13. März 2012 eine Verhandlung und in der Folge ein Urteil geben. Aber die Rücknahme der Revision wäre ein deutliches Zeichen, auch an das Bundesverwaltungsgericht, dass die Hessische Landesregierung das Nachtflugverbot endlich akzeptiert und ein Interesse daran hat, dass es kommt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wie ein Methusalem!)

Aber nein, am 10. Oktober 2011 erfolgt der nächste Beschluss des VGH. Er lautet: Das Nachtflugverbot kommt. – Es wurde nicht von denen durchgesetzt, die es versprochen haben, sondern von klagenden Anwohnern und unter anderem den Städten Rüsselsheim und Offenbach. Es wurde gegen diejenigen durchgesetzt, die das Nachtflugverbot immer versprochen hatten. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, Herr Ministerpräsident, spätestens jetzt müssten Sie doch merken, was für eine Katastrophe Sie hinsichtlich des Vertrauens in die Politik angerichtet haben, und diese Revision zurücknehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es geht in diesem Trauerspiel aber nicht nur um die Politik, es geht auch um die Rolle der Luftverkehrswirtschaft. Lufthansa-Chef Christoph Franz hat mit seinem Interview im „Spiegel“ den Gipfel des Irrsinns erreicht. Er hat dort wörtlich gesagt:

Der Preis für die neue Landebahn ist mit dem totalen Nachtflugverbot zu hoch.

Weiterhin sagte er:

Hätten wir diese Entwicklung vorhergesehen, hätte unsere Forderung nach einer neuen Bahn ganz anders ausgesehen.

Ich übersetze das einmal: Die Lufthansa, die den Bau der neuen Bahn als Erste forderte und damit letztlich den Ausbau in Gang setzte, hatte nie vor, sich an das Nachtflugverbot zu halten. Sie hat immer darauf vertraut, dass sie in der Landesregierung willige Vollstrecker ihrer Wünsche finden wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob Herr Franz ein gläubiger Mensch ist. Aber ich finde, von den sieben Todsünden begeht er mindestens drei: Habgier, weil ihm eine Steigerung von 500.000 auf mindestens 750.000 Flugbewegungen im Jahr nicht genügt. Nein, er möchte auch noch in der Zeit von 23 bis 5 Uhr die Anwohner um des schnöden Mammons willen quälen. Maßlosigkeit, weil ihm eine Steigerung von 50 % der Bewegungen immer noch nicht genügt. Und Hochmut, weil ihm die Nöte der Anwohnerinnen und Anwohner offensichtlich völlig egal sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Natürlich ist es geradezu irrsinnig, wenn innerhalb von zehn Tagen der Flugplan von Lufthansa Cargo umge-

strickt werden musste und jetzt jeden Abend kurz vor 23 Uhr ein Frachtflugzeug nach Köln startet, dort ein paar Stunden wartet, um dann von dort nach China zu fliegen. Aber, und das sage ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Lufthansa Cargo: Schuld daran sind nicht die Ausbaugesner.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Natürlich die Landesregierung!)

Schuld daran ist der Lufthansa-Vorstand, der mindestens zwei Jahre Zeit hatte, um sich um neue Slots für den Flug nach China zu bemühen, es aber nicht getan hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Schuld daran ist die Hessische Landesregierung, die genau diesem Vorstand offensichtlich immer gesagt hat, dass das Nachtflugverbot am Ende nicht kommt, obwohl sie selbst genau dieses versprochen hatte. Und so ganz nebenbei: Die Tatsache, dass dieses Flugzeug kurz vor 23 Uhr voll starten kann, ist übrigens der Beweis, dass das Argument, der Interkontinentalverkehr brauche Bewegungen zwischen 23 und 5 Uhr wegen der Beladung und der Warenkette, schlicht Unsinn ist. Auch dieses Argument ist schlichter Unsinn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE) – Minister Michael Boddenberg: Wo landet er denn, Herr Al-Wazir?)

– Er landet in Köln, wird aber vor 23 Uhr in Frankfurt fertig beladen. Wenn die sich rechtzeitig um neue Überflugrechte, um neue Slots gekümmert hätten, dann könnte er auch direkt nach China fliegen, Herr Boddenberg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich fordere die Landesregierung auf, sich ihre Argumente nicht mehr von solchen Leuten einflüstern zu lassen, sondern endlich ihrem Amtseid entsprechend die Interessen der hessischen Bevölkerung zu vertreten. Es geht jetzt darum, das Leben rund um den Flughafen nicht immer unerträglicher werden zu lassen, sondern endlich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu handeln und nicht immer im Sinne dieser maßlosen Menschen in der Luftverkehrswirtschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt elf Jahre her, dass der Landtag drei Tage lang in den Rhein-Main-Hallen die große Anhörung rund um das Mediationsergebnis durchführte. Es ist geradezu ein Witz, dass es vom Mai 2000 bis zum Oktober 2011 dauerte, bis der Verkehrsminister Posch eine „Taskforce“ einrichtete, die sich mit der offensichtlich völlig überraschenden Frage auseinandersetzen soll, was man denn für zusätzlichen Lärmschutz am Flughafen tun kann. Es ist ein wirklicher Witz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Reden wir einmal darüber, worüber der Ministerpräsident und der Kollege Wagner nicht geredet haben, nämlich über die Frage, was wir jetzt tun. Wir könnten schon längst einen anderen, steileren Anflugwinkel haben, damit die Flugzeuge aus größerer Höhe anfliegen, schneller sinken und dadurch weniger Menschen belästigen. Wir brauchen das nicht irgendwann, sondern jetzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir könnten schon längst Steilstarts haben, damit die Flugzeuge schneller an Höhe gewinnen. Wir brauchen sie nicht irgendwann, sondern jetzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir könnten schon längst eine noch höhere Gebührenspreizung bei den Start- und Landengebühren haben, um lautere Flugzeuge stärker zu belasten und dadurch einen Anreiz zu geben, die Flugzeugflotten schneller zu modernisieren. Eine MD 11 F ist nicht nur zwischen 23 und 5 Uhr eine Zumutung, sondern auch tagsüber.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wir brauchen diese stärkere Spreizung nicht irgendwann, sondern jetzt. Wir brauchen ein Nachtflugverbot nicht nur für ein halbes Jahr, sondern dauerhaft. Deswegen: Ziehen Sie Ihren Revisionsantrag zurück – jetzt, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wir müssen auch die Bereiche der Nacht ins Auge fassen, die nämlich länger als fünf Stunden und 55 Minuten ist, in Ausnahmefällen sogar nur vier Stunden und 55 Minuten, sondern die Nacht geht von 22 bis 6 Uhr. Wir müssen auch die Stunden ins Auge fassen, die bisher nicht vom dauerhaften Nachtflugverbot umfasst sind.

Und, an die Zukunft gedacht, wir müssen es im Luftverkehrsgesetz hinbekommen, dass die Aufgabe der Flugsicherung nicht nur wie bisher Sicherheit und maximale Kapazitätsauslastung ist, sondern Sicherheit und Lärmschutz. Das brauchen wir nicht irgendwann, sondern jetzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zuruf des Ministers Michael Boddenberg)

– Herr Boddenberg, es steht eben nicht genau darin. Schauen Sie in § 27 Luftverkehrsgesetz, und zeigen Sie mir den Lärmschutz.

(Nancy Faeser (SPD): Das können sie nicht! – Zuruf des Ministers Michael Boddenberg)

Es ist – Herr Boddenberg, da helfen auch keine Zwischenrufe, sondern ich meine das sehr ernst – in den letzten Jahren schon genug Vertrauen verspielt worden. Es sind genug Unwahrheiten verbreitet worden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen mit ihren Nöten endlich ernst genommen werden, und zwar jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Für die FDP-Fraktion spricht ihr Vorsitzender, Herr Rentsch.

Florian Rentsch (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es steht den Sozialdemokraten immer frei, eine Sondersitzung des Landtags zu beantragen.

(Zuruf von der SPD: Da sind wir dankbar!)

Ich versuche es einfach ganz sachlich und in einem moderaten Ton. Ich glaube, unbestritten ist, dass bei der Debatte über die Frage, was der Flughafen für eine Bedeutung hat und welche Belastung er mitbringt, die Menschen über dieses Thema diskutieren, weil es eben auch ein Thema ist. Das ist einer der Punkte, wo ich dem Vorredner recht geben möchte, weil dieser Flughafen im Herzen dieses Rhein-Main-Gebiets, in einer der dichtbesiedeltesten Regionen der Bundesrepublik, liegt. Aber – das kommt mir bei der Debatte bisher zu kurz – dieser Flughafen ist auch das Rückgrat unserer Wirtschaft, nicht nur der von Hessen, sondern der von ganz Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wer über diesen Flughafen spricht, der muss auf der einen Seite sagen, dass er angesichts der Tatsache, dass es ein Weltflughafen ist, erhebliche Belastungen mit sich bringt, der aber die Grundlage für all das ist, was wir hier diskutieren, weil er letztlich überhaupt wirtschaftliche Ansiedlung ermöglicht. Glauben Sie ernsthaft, ein Unternehmen wie Boehringer in Ingelheim wäre heute noch in Ingelheim, wenn es nicht in 30 km Entfernung diesen Weltflughafen gäbe?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Glauben Sie ernsthaft, dass die Region in Mittelhessen, die sich zurzeit wirtschaftlich so gut entwickelt, sich nur deshalb so gut entwickelt, weil wir dort mittlerweile eine hervorragende Wissenschaftslandschaft haben? Nein, Unternehmen, die dorthin gehen, profitieren von der Ausstrahlungswirkung dieses Flughafens.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, es ist eben nicht nur auf Hessen begrenzt. Allein angesichts der Zahl, dass – ich habe noch versucht, es zu recherchieren – 7.000 bis 10.000 Rheinland-Pfälzer direkt am Flughafen arbeiten, dass der Flughafen eine Ausstrahlungswirkung auf Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern hat,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

kann doch keiner ernsthaft davon reden, dass es immer nur um eine Seite der Medaille geht. Ich glaube, dass sich in einer wirklich ehrlichen Debatte – Kollege Schäfer-Gümbel, ich spreche ausdrücklich die Sozialdemokraten an – diejenigen, die immer diesen Flughafen wollten und seinen Ausbau unterstützt haben, sich über die Frage Gedanken machen müssen, was man tun kann, um die Belastungen der Menschen in Grenzen zu halten. Sie sind in Flörsheim höher geworden – das ist doch unbestritten. Aber diejenigen müssen auch immer die andere Seite der Medaille in die Diskussion bringen. Das ist mir, ehrlich gesagt, deutlich zu wenig gewesen, was Sie heute hier gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ein solcher Weltflughafen braucht eben eine rechtssichere Betriebsgrundlage.

Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben eines getan, wo ich noch einmal hinterfragen möchte, ob Sie das so gemeint haben. Sie haben versucht, eine Debatte aufzumachen nach dem Motto: Das Nachtflugverbot ist das Problem, und weil das, was dazu vereinbart worden ist, zurzeit vor dem Bundesverwaltungsgericht überprüft wird – ich komme gleich noch zur Historie dieses Sachverhalts –,

müsste es deshalb auch nur um das Nachtflugverbot gehen.

In Wahrheit ist der Sachverhalt doch anders. Das, was Liberale, Christdemokraten und Sozialdemokraten am Anfang beschlossen haben, ist das, was jetzt zu den Problemen führt. Es geht doch gar nicht um das Nachtflugverbot. Die Menschen in Flörsheim haben doch ein ganz anderes Problem. Es sind die Tagflüge, die dort zurzeit das Problem sind. Lenken Sie doch nicht von der Debatte ab. Stellen Sie sich wenigstens an der Stelle Ihrer Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin weiß Gott nicht auf der Seite der GRÜNEN, was diese Frage angeht. Aber das Problem haben die GRÜNEN nicht. Sie haben ein anderes Problem: dass sie immer auf der falschen Seite des Bauzauns stehen, wenn es um den Fortschritt geht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen und demonstrativer Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber Sie sind mit uns gemeinsam bei dieser Frage in der Verantwortung. Ich bleibe dabei: Die Entscheidung war und ist richtig. In der Abwägung ist sie richtig gewesen.

Ich muss sagen: Letzte Woche bin ich an einem Montag das erste Mal auf der neuen Landebahn gelandet. An Bord waren übrigens Kurt Beck, Andrea Nahles und der SPD-Bundesvorsitzende.

(Zurufe von der CDU: Oioioi!)

– Ich kann es nachweisen. Es war wirklich so. Andrea Nahles und der Bundesvorsitzende haben sich beim Einsteigen über Peer Steinbrück unterhalten, der am Abend zuvor bei Herrn Jauch seinen sagenhaften Auftritt hatte. Das war auch nicht uninteressant.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Als wir dort gelandet sind, war das für mich ein Moment, über den ich sage: Es ist toll, dass man sich in Deutschland auf den Rechtsstaat verlassen kann, wenn man ein solches Vorhaben unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Denn eines ist doch klar: Wenn es nach den GRÜNEN gegangen wäre, gäbe es diesen Flughafen und diese ganzen Arbeitsplätze überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie sind doch weiß Gott die größten Pharisäer in dieser Debatte. Bei den Sozialdemokraten habe ich das Gefühl: Die suchen einen Ausweg, weil sie möglicherweise nicht mehr zu ihrer Entscheidung stehen. Aber sie wollten den Flughafen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt mal gut!)

Kollege Schäfer-Gümbel, von einem Oppositionsführer erwarte ich eigentlich, dass er sich einerseits mit den rechtlichen Tatsachen auseinandersetzt – Kollege Wagner hat das gesagt – und dass er andererseits die Historie dieses Flughafens mit in seine Betrachtungen einbezieht.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dieser Flughafen hat nicht nur zwei Todesopfer, zwei tote Polizisten, bei dem Ausbau der Startbahn West gefordert. Dieser Flughafen hat voraussichtlich oder wahrscheinlich

nicht nur dafür Sorge getragen, dass der damalige Verkehrsminister Heinz Herbert Karry sein Leben lassen musste. Meine Damen und Herren, dieser Flughafen hat an vielen Stellen diesen Rechtsstaat gefordert. Der Rechtsstaat hat sich zum Schluss immer durchgesetzt. Das ist ein Beleg dafür, dass es geht, wenn man will, dass der Rechtsstaat immer das Prä hat vor anderen Institutionen, wenn sie versuchen, Einfluss über diese Gesellschaft zu gewinnen. Ich halte das für ganz erheblich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber zu dieser historischen Betrachtung gehört auch, dass es zwei Punkte gibt, die für mich und meine Fraktion sehr entscheidend sind. Erstens. Verkehrsminister Dieter Posch hat immer Sorge dafür getragen, mit Start April 2001, dass es im Jahr 2001 erstmals Diskussionen über die Lärmentwicklung dieses Flughafens gab und über das Bewegungskontingent erstmals überhaupt Einfluss genommen worden ist, dass der Lärm an diesem Flughafen nicht weiter steigt. Unzählige weitere Maßnahmen sind danach gefolgt. Ich frage mich manchmal: Wo war eigentlich das Engagement der rot-grünen Regierung unter Hans Eichel und Lothar Klemm an dieser Stelle? Da haben Sie überhaupt nichts vorzuweisen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was für ein Quatsch!)

Zweitens. Das ist mir viel wichtiger: Dieter Posch hat von Anfang an als Minister und auch als Vertreter der FDP in der Oppositionszeit darauf hingewiesen, dass es neben der politischen Debatte in diesem Haus eine rechtliche Situation gibt, die möglicherweise nicht mit der politischen übereinstimmt. Die Arbeit der Planfeststellungsbehörde ist nur an Recht und Gesetz gebunden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Der Landtag – Dieter Posch hat das ausdrücklich immer wieder gesagt; das ist in verschiedenen Plenarprotokollen nachzulesen – kann natürlich eine politische Absicht erklären, eine politische Meinung äußern. Die Planfeststellungsbehörde hat einzig und allein nach Recht und Gesetz zu entscheiden. Das hat sie getan.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt einmal rein polit-taktisch, weil ich das immer höre. Der damalige Wirtschafts- und Verkehrsminister Alois Rhiel hätte es sich doch einfach machen können.

(Zuruf des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Er hätte doch sagen können: Ich weise meine Planfeststellungsbehörde an, dass sie im Planfeststellungsbeschluss null Nachtflüge vereinbart, und lasse einen Dritten dagegen klagen, wahrscheinlich die Lufthansa. – Dann wären wir – das können wir gern anhand von Verfahrensabläufen diskutieren – heute nicht so weit, wie wir sind, was die Rechtsklarheit angeht.

Er hätte sich einen, wie man so schön sagt, einfachen Weg bereiten können, wenn er sich vor der Landtagswahl um diese wichtige Frage gedrückt hätte und wenn er die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Thema Schönefeld und die aktuelle Rechtslage einfach negiert hätte. Meine sehr geehrten Damen und Herren, in was für einem Rechtsstaat leben wir denn, wenn Sie das von einer Planfeststellungsbehörde verlangen? Was für ein Rechtsverständnis steckt denn dahinter?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

In diesem Land muss man sich darauf verlassen können, dass in einem Rechtsstaat nach Recht und Gesetz geurteilt wird, ob es einem gefällt oder nicht. Ich kenne viele, auch im privaten Umfeld, die mit der jetzigen Situation in keiner Weise glücklich sind. Aber dass wir von einem Rechtsstaat verlangen, dass er nach politischen Maßstäben urteilt, das darf wirklich nicht das Ergebnis der heutigen Debatte sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb bleibt es für die Liberalen genauso wie für die Kollegen der Union dabei, dass wir Rechtssicherheit brauchen. Dieser Flughafen, ein Weltflughafen, braucht eine rechtliche Grundlage, auf der er arbeitet. Der aktuelle Zustand ist unerträglich,

(Zuruf des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

weil wir keine Rechtsklarheit haben. Deshalb war es richtig, nach Leipzig zu gehen.

Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben vorhin versucht, das wegzuwischen. Nein, wenn wir nicht Revision eingelegt hätten, wenn wir ein Planänderungsverfahren durchgeführt hätten, wären wir doch jetzt kein Stück weiter. Wir wären zeitlich weiter hinten. Die Bürger hätten immer noch keine Rechtsklarheit. Ein anderer würde gegen das, was wir vorgelegt haben, vorgehen. Das dürfen die Bürger von uns definitiv nicht erwarten. Sie dürfen von uns erwarten, dass das, was wir machen, rechtlich einwandfrei ist, dass es dafür Sorge trägt, dass es in den nächsten anderthalb Jahren eine rechtlich garantierte Lösung für den Betrieb dieses Flughafens gibt – ob mit oder ohne Nachtflugverbot. Deshalb, wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir doch gemeinsam dafür kämpfen, dass Leipzig entscheidet, und dürfen nicht eine politische Debatte darüber führen und den Menschen Sand in die Augen streuen. Das kann doch nicht unser gemeinsames Interesse sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich hätte mir gewünscht, dass gerade die Sozialdemokraten in dieser Frage mehr Verantwortung übernommen hätten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Oh! – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Frau Schulz-Asche, ich weiß nicht, ob Sie zur SPD gewechselt sind. Reflexartig regen Sie sich immer. Sie sind in dieser Debatte gar nicht angesprochen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich höre zu!)

Ich sage das deshalb, weil ich auch mit den Sozialdemokraten immer Debatten über Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Situation unseres Bundeslandes führe. Da wäre es manchmal schön, wenn es etwas mehr Bekenntnis zu diesem wichtigen Infrastrukturprojekt gäbe.

Ich sage ein Zweites. Ich würde mir wünschen, dieses Bekenntnis wäre auch bei dem gerade von mir erwähnten Kurt Beck vorhanden. Es macht doch keinen Sinn – es ist doch unbestritten, dass beide Bundesländer wie niemand anderes von diesem Flughafen profitieren –,

(Günter Rudolph (SPD): Die kriegen auch noch Geld von uns!)

dass der Ministerpräsident auf der anderen Rheinseite sagt, er wolle das ganze Thema nicht vor seiner Haustür haben. Meine Damen und Herren, das ist wirklich keine

verantwortungsvolle Politik für einen Wirtschaftsstandort, der es dringend nötig hätte.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe der Abg. Günter Rudolph und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Kollege Schäfer-Gümbel, stattdessen haben Sie etwas ganz anderes gemacht. Sie haben etwas getan, was nach der schwierigen Situation der Sozialdemokraten im Jahr 2009 nicht überraschend war.

(Günter Rudolph (SPD): Wir haben jetzt 2011!)

Sie haben versucht, aus der aktuellen Debatte – ich habe noch einmal versucht, Ihnen das rechtlich nahezubringen, genau wie Kollege Wagner – eine sogenannte Wortbruchdebatte zu machen. Jetzt sage ich offen, dass ich glaube, dass es schwerfallen wird, eine Marke, die sich die Sozialdemokraten mit so viel Schwärzen direkt selbst erworben haben, auf eine andere Institution zu übertragen. Ich glaube, das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Denn das Ypsilanti-Jahr und der Ypsilanti-Wortbruch sind bei vielen Menschen noch immer ein Problem. Das war für diese Demokratie wahrlich ein nachhaltiger Schaden. Ich sage das deshalb, weil ich Ihnen heute vorlese – ich möchte das von Ihnen in dieser Frage nie wieder hören –, dass wir die Menschen in dieser Frage über das informiert haben, was wir wollten.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die FDP hat 2009 unter der Überschrift „Unser Wort gilt“ ein Wahlprogramm aufgelegt.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Die FDP Hessen, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Ich habe es nicht nötig, auf die FDP Rheinland-Pfalz oder die FDP Baden-Württemberg zu verweisen.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Auf Seite 47 bis 48 heißt es dort – ich zitiere –:

Die FDP unterstützt den beabsichtigten Ausbau im Rahmen der vorliegenden Planungen im Interesse der Zukunftssicherung des Landes und der Rolle des Flughafens als arbeitsplatzschaffende Infrastruktureinrichtung.

Jetzt kommt es:

Grundlage für den Ausbau bilden der vom Hessischen Landtag gebilligte Landesentwicklungsplan und der am 18. Dezember 2007 unterschriebene Planfeststellungsbeschluss.

– Mit 17 Nachtflügen, sei hinzugefügt. – Herr Kollege Schäfer-Gümbel, wir haben den Menschen vor der Wahl gesagt, was wir erwarten, und nach der Wahl 16,2 % bekommen. Wir haben niemanden belogen, sondern immer mit offenen Karten gespielt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Das ist ohne Worte!)

Deshalb sage ich Ihnen ganz offen: Ich würde das Geld nicht in Postkarten investieren, womit Sie Christdemokraten und Liberale zu diskreditieren versuchen, sondern vielleicht eher in die Aufarbeitung der eigenen Parteigeschichte. Das wäre an dieser Stelle sicherlich besser investiert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn wir über die Frage reden, was gerade in den Regionen passieren muss, die mehr belastet sind, dann glaube ich – der Ministerpräsident hat es ausgeführt –, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in der letzten Zeit relativ viel unternommen haben, um den Lärm, der für die Menschen eine erhebliche Belastung darstellt, einigermmaßen in den Griff zu bekommen. Ich sage das sehr vorsichtig.

Ich habe es in den letzten Tagen erlebt, als ich privat vor Ort war – aber auch durch Zuschriften von Bürgern, wie viele andere Kollegen auch –, dass die Belastungen in einigen Orten dermaßen zugenommen haben

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

– Frau Kollegin Faeser, ich nehme das, was im Main-Taunus-Kreis passiert, sehr ernst, wie auch das, was in anderen Regionen unseres Bundeslandes passiert –, dass wir natürlich auch über die Frage diskutieren müssen, wie wir das ausbalancieren können und ob das überhaupt auszubalancieren ist.

Der Ministerpräsident hat vorhin auf das Casa-Programm hingewiesen. Natürlich muss man auch über die Frage diskutieren, ob es mehr geben kann als das, was wir jetzt machen. Kann die Fraport hier in den nächsten Jahren möglicherweise noch einmal aktiv werden und sagen, dass sie Häuser erwerben muss, weil das wirklich unzumutbar ist? Was können wir bei der Frage der Fluglärmoptimierung machen? Was können wir bei der Frage der Anflüge machen? Was können wir bei der Frage machen, ob die Höhen auch eingehalten werden? Wenn es um die Frage geht, ob die Höhen, die zurzeit vorgeschrieben sind, auch wirklich geflogen werden, ist das ein Wiesbadener Problem, das die Wiesbadener Abgeordneten auch kennen. Natürlich gibt es da eine Menge, was man machen kann.

Wer spricht uns an dieser Stelle das Bemühen ab, dass wir hierbei sehr aktiv versuchen, das Bestmögliche herauszuholen? Der Wirtschaftsminister und der Ministerpräsident stehen bei der Beantwortung der Frage, was wir mehr machen können, als gesetzlich vorgeschrieben ist, an vorderster Front.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Wer spricht uns denn dieses Bemühen ab? Ich gebe zu, manchmal würde ich mir wirklich wünschen – die Bürger sind betroffen, dafür habe ich Verständnis –, dass diejenigen, die politisch Verantwortung tragen, das zu werten wissen, was zurzeit hier aktiv passiert. Ich hätte mir gewünscht, die Sozialdemokraten – bei den GRÜNEN erwarte ich es nicht – hätten dazu einmal etwas gesagt; denn da passiert eine ganze Menge, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Sie wissen ganz genau, dass das so ist.

(Beifall bei der FDP)

Zum Schluss bleibt natürlich die Frage: Was passiert am Ende einer Entscheidung von Leipzig? Was wird zum Schluss das Ergebnis sein? – Ich glaube, niemand hat eine Glaskugel, und es ist unbestritten, dass diese aktuelle Nachtflugsituation, null Nachtflüge, die der VGH jetzt angeordnet hat, für viele überraschend war. Ich kann nicht sagen – unter den Juristen gibt es unterschiedliche Meinungen zu der Frage –, ob es ein Präjudiz für das ist, was das Bundesverwaltungsgericht einmal endgültig sagen wird.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich weiß es nicht, Frau Kollegin Faeser. Aber Sie wissen auch, dass es diskutiert wird und es unterschiedliche Meinungen dazu gibt.

(Nancy Faeser (SPD): Das ist keine zwingende Entscheidung, da geben Sie mir doch recht! – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Auch als Rechtsanwalt sage ich – und da sind wir uns in einer Frage einig, oder auch nicht –: Erstens. Es war aus unserer Sicht völlig richtig, den Weg nach Leipzig zu suchen, weil es nur dort Rechtsklarheit gibt. Zweitens. Wenn Leipzig sagt: „Ihr könnt null Flüge machen“, dann werden null gemacht. Wo ist das denn überhaupt strittig? Diese Frage ist doch nie ernsthaft diskutiert worden. Wenn Leipzig sagt, dass null möglich sind, werden null gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich weiß gar nicht, woher dieser konstruierte Vorwurf der Opposition kommt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Der einzige Unterschied ist, dass, wenn es das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sagt, es mehr Bestandskraft hätte, als wenn es Herr Schäfer-Gümbel oder Herr Al-Wazir sagen würde. Wir wollen es von Leipzig hören, nicht von Ihnen; denn von Ihnen bringt es uns nichts.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Die Arroganz steht in keinem Verhältnis zum Wahlergebnis der FDP!)

Deshalb kann ich abschließend sagen: Ich weiß, dass mit Dieter Posch als Verkehrsminister dieses Verfahren bei der Landesregierung in den besten Händen ist und dass wir als Liberale immer auf die Probleme hingewiesen haben, die sich mit diesem wichtigen Infrastrukturprojekt verbinden. Und, Herr Schäfer-Gümbel, ich sage auch: Man kann solche Reden halten wie Sie als Oppositionsführer – aber man sollte es nicht. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Oh, oh, oh!)

Präsident Norbert Kartmann:

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Grumbach das Wort.

Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt bei Kindern die Art, dass man Verantwortung für das, was man getan hat, nicht übernehmen will und sich versteckt. Der Satz, der dazu gesagt wird, lautet: „Ich kann ja nichts dafür“. Genau das haben wir eben erlebt.

Jeder hier respektiert und achtet den Rechtsstaat. Aber Sie haben bei jeder Entscheidung in einem Rechtsrahmen die Situation, dass, wenn Ihnen ein Jurist erklärt, die Chancen stünden so und so – ob nun 50 : 50 oder 60 : 40 –, jemand eine Entscheidung trifft, welche Richtung eingeschlagen werden soll. Für diese Entscheidung übernimmt er Verantwortung.

(Nancy Faeser (SPD): So ist es!)

Vor genau dieser Verantwortung einer falschen Entscheidung drücken Sie sich, indem Sie sich hinter formalen Rechtsverfahren verstecken.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der zweite Punkt ist: Bekenntnis zur Infrastruktur. Die SPD hat nicht nur Spaß damit, dass sie sich zum Ausbau bekennt. Aber der Unterschied ist, dass wir gesagt haben, dieser Ausbau ist den Menschen nur zumutbar, wenn es Lärmschutz und Lärminderung gibt. Der Vorwurf lautet nicht, dass jetzt in den letzten Tagen irgendetwas passiert oder nicht, sondern dass zehn Jahre vergeudet worden sind und eine Grundentscheidung falsch getroffen worden ist. Der Lärminderungsplan hätte vor zehn Jahren in Angriff genommen werden sollen; das war bereits Bestandteil des Mediationsverfahrens. Das ist der Vorwurf, und das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abg. Schaus von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Viele betroffene Menschen haben Interesse gezeigt, heute dieser Debatte beizuwohnen. Sie haben sich seit Längerem sehr intensiv um Besucherkarten bzw. Karten für die Besuchertribüne bemüht, ohne Erfolg. Dennoch sind leider viele Plätze frei geblieben. Mit Einladung von Abgeordneten unserer Fraktion, in unserem Sitzungsraum die Reden über Video zu verfolgen, haben wir versucht, diesem Bedürfnis gerecht zu werden. Die Betroffenen wurden heute trotzdem nicht eingelassen, was mit einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis begründet wurde. Wir bedauern es sehr, dass diese Angelegenheit nicht in beiderseitigem Einvernehmen unmittelbar geklärt wurde.

Die Vertreter von Bürgerinitiativen und betroffene Bürgerinnen und Bürger wurden mit dem Argument eines erhöhten Sicherheitsbedürfnisses selbst zum Sicherheitsrisiko erklärt. Dafür haben wir kein Verständnis.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung muss sich endlich glasklar zum Nachtflugverbot und zum Lärmschutz bekennen. Noch nie hat eine Landesregierung parteiübergreifend so viele Menschen gegen sich aufgebracht wie diese Hessische Landesregierung bei der Frage des Flughafenausbaus und des Nachtflugverbots. Der Schaden, den CDU und FDP mit ihrem Handeln am Vertrauen der Menschen in Demokratie und Politik angerichtet haben, ist immens.

Volker Bouffier hat einen Neuanfang versprochen, neue Umgangsformen im Parlament angekündigt und für Vertrauen geworben. Wir erleben jedoch eine Regierung, die mit kleinen Füßen weiterhin in den gleichen Fußstapfen ihres Vorgängers Roland Koch wandelt und tagtäglich – fast könnte man meinen: gezielt und geplant – jegliches Vertrauen in politische Führung zerstört hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Seit drei Jahren jagt eine Polizeiaffäre die nächste. Da werden kritische Steuerfahnder mit falschen psychiatrischen Gutachten aus dem Amt entfernt.

(Zurufe von der FDP: Eieiei!)

Über Jahre wird bei externen Ausschreibungen gegen nahezu sämtliche Regeln verstoßen. In den Untersuchungsausschüssen werden Zeugen wie Angeklagte behandelt. Da wird ein missliebiger Politaktivist zu Unrecht für vier Tage ins Gefängnis gesteckt.

(Holger Bellino (CDU): Können Sie auch einmal zum Thema reden?)

– Ich komme zum Thema. Herr Bellino, das gehört alles dazu. – Vor allen Dingen wird sogar per Landtagsbeschluss fest zugesagt, es gibt einen Flughafenausbau nur mit einem absoluten Nachtflugverbot; wenn es aber so weit ist, werden angebliche juristische Sachzwänge bemüht, um das parlamentarisch besiegelte Nachtflugverbot zu kippen.

So hat eine fragwürdige Politikelite mit Tricks und List den Flughafenausbau auf Biegen und Brechen gegen alle Bedenken Hunderttausender betroffener Menschen durchgezogen.

Was wir erleben, sind italienische Verhältnisse. Wie Silvio Berlusconi sammeln Volker Bouffier und die Hessische Landesregierung einen Skandal nach dem anderen, und wie in Italien erwartet die Öffentlichkeit von dieser Regierung nichts mehr.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Nichts Gutes!)

Für uns stellt sich heute die Frage nach einem dauerhaften Nachtflugverbot. Das ist eine wichtige Vertrauensfrage. Die beispiellose Verlärmung großer Teile Hessens durch den Frankfurter Flughafen stellt für Hunderttausende Menschen eine unerträgliche Belastung dar. Der Flughafen ist nicht nur ein sogenannter wirtschaftlicher Segen – er gefährdet die Gesundheit der vom Fluglärm betroffenen Menschen. Er verändert tief greifend ihre Lebensverhältnisse, zwingt sie zum Umzug und zerstört teilweise Städte und Gemeinden.

An dieser Stelle möchte ich einige Beschreibungen der letzten Tage von Menschen aus dem Rhein-Main-Gebiet wiedergeben.

So war am 28.10. bei „hr-online“ zu lesen: „Wir schlafen vier Stunden“, sagte eine Flörsheimer Frau, und ab 5 Uhr morgens gehe es los mit dem Lärm; das bringe nicht nur sie um den Schlaf, sondern auch ihre Kinder. „Dass das unsere Zukunft ist – die wird es hier nicht geben.“ Die Lärmbelästigung sei „ein Zustand, der diese Stadt in Trauer stürzt, der die Stadt vernichtet“, fährt sie fort.

Im gleichen Text heißt es, zitiert von einer anderen Frau: „Man ist so ohnmächtig.“ Die Landebahn sei „eine wirtschaftliche Entscheidung, eine politische Entscheidung“. Die Menschen, die hier leben, sind offensichtlich das kleinere Übel.

Zorn und Ohnmacht, Zukunftsangst und Verzweiflung kennzeichnen diese und viele andere Aussagen. Für die übergroße Mehrheit der vom Fluglärm betroffenen Menschen wird die erlassene Lärmschutzbereichsverordnung nur eines bringen: die Gewissheit, dass sie keinen Schutz vor Lärm erhalten, dass sie ihre Terrassen und Gärten nicht mehr in gewohnter Weise nutzen und nicht bei offenem Fenster schlafen können.

Meine Damen und Herren, die sogenannten Schallschutzgebiete sind viel zu klein. Das beweist sich seit der Inbetriebnahme der Nordwest-Landebahn besonders in Flörsheim. Nur für sehr wenige, extrem vom Lärm betroffene Menschen wird diese Verordnung ein wenig Nutzen bringen.

Aber diese Lärmschutzverordnung schützt nicht vor Lärm, sondern sie unterteilt den Lärmteppich über Rhein-Main durch willkürliche, nicht nachvollziehbare Grenzziehungen in „weniger laute“ und „laute“ Bereiche, und danach richten sich die Zuschüsse. Sie stützt also nur die wachsenden Einnahmen der Luftfahrtbranche: Rund 150 Millionen € soll Fraport den Betroffenen für Lärmschutzmaßnahmen zahlen. Das wurde stolz verkündet. Bedenkt man aber, dass Fraport allein für die Verlegung von Ticona mit 650 Millionen € mehr als das Vierfache ausgegeben hat, wird klar, welchen Wert die Landesregierung und Fraport vereint dem passiven Schallschutz der Bevölkerung beimessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie aber sieht der wirklich aus? Ein betroffener Anwohner aus Flörsheim, über dessen Haus seit einer Woche täglich 300 Maschinen in 275 m Höhe hinwegdonnern, erzählte mir jüngst, er habe schon einen umfangreichen Antrag erhalten und Anspruch darauf, von Fraport ein Schallschutzfenster im Schlafzimmer bezahlt zu bekommen. – Ja, meine Damen und Herren, Sie haben richtig gehört: ein Fenster im Schlafzimmer – und sonst nirgends, nicht im Wohnzimmer, nicht im Kinderzimmer.

Herr Minister, was Sie da verordnet haben, ist kein Grund zum Jubeln. Das ist ein Grund, um vor Scham im Boden zu versinken; denn so sieht nach dieser Verordnung der wirkliche Lärmschutz bei Ihnen aus.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum äußerst zweifelhaften Nutzen dieser Lärmschutzbereichsverordnung kommt noch hinzu, dass sie entschieden zu spät erlassen wurde. Diese Verordnung hätte schon mit dem Planfeststellungsbeschluss vorgelegt werden müssen, damit die Umbauten der Häuser rechtzeitig vor der Inbetriebnahme hätten vorgenommen werden können.

Sicher kann man es kritisieren, dass sich viele Menschen mit den Folgen des Flughafenausbaus nicht beizeiten auseinandergesetzt haben, dass sie erst jetzt realisieren, wie laut es wirklich wird, anstatt sich schon früher zur Wehr gesetzt zu haben.

Es ist aber nicht die vordringliche Aufgabe der hier lebenden Menschen, dafür Sorge zu tragen, dass sie nachts ungestört schlafen können, dass sie ihre Gärten weiterhin nutzen und ihre Kinder draußen spielen können. Meine Damen und Herren, die Menschen in der Region um den Flughafen müssen sich jetzt und in Zukunft darauf verlassen können, dass ihr Zuhause – die von ihnen genutzten öffentlichen Einrichtungen, Erholungsflächen und Freizeitanlagen – nicht durch Lärm unbewohnbar bzw. unbenutzbar werden. Das verstehen wir unter Daseinsvorsorge.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher schließen wir uns der Forderung der Fluglärmkommission und der Kommunen im Ballungsraum Rhein-Main nach einer verbindlichen Festlegung einer Lärmobergrenze für den Frankfurter Flughafen an. Die Lärmobergrenze muss sich an den Ergebnissen aktueller Lärmwirkungsforschung orientieren. Lauten Flugzeugen ist die Landeurlaubnis zu versagen, anstatt von ihnen nur mehr abzukassieren.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der existenzzerstörenden Politik ist es nur zynisch, wenn die Hessische Landesregierung laut Wirtschaftsstaatssekretär

Saebisch weiterhin darauf setzt, dass das Leipziger Urteil angeblich Rechtssicherheit bringen soll. Das ist heute wieder mehrfach betont worden.

Die Landesregierung pokert also weiter, obwohl sie sich doch schon beim VGH verzockt hat. Sie setzt weiter auf 17 Flüge zwischen 23 Uhr und 5 Uhr – in der Hoffnung, das Bundesverwaltungsgericht werde das derzeitige Nachtflugverbot wieder kippen. Der wahre Grund ist nämlich, dass Ihnen die wirtschaftlichen Interessen von Lufthansa Cargo und Fraport sehr viel wichtiger sind als die Gesundheit der Menschen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

– Herr Ministerpräsident, Sie bestätigen das sogar? Das ist ja wunderbar. Sie haben gesagt: „So ist es!“

(Widerspruch des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

Sie haben eben gesagt: „So ist es!“ Ich wollte das nur zitieren. – Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, am Frankfurter Flughafen gibt es aber kein Recht auf Nachtflüge. Es gibt dort nur ein Recht auf Nachtruhe. Dies belegen die Urteile des Hessischen Verwaltungsgesichtshofs vom 21. August 2009 und vom 10. Oktober 2011, der Landesentwicklungsplan sowie das Luftverkehrsgesetz.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Sie sind so fixiert, dass Sie nicht einmal merken, wenn man ironisch ist! Nehmen Sie es auf: Das war ironisch! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Danke schön, ich nehme das auf.

Will die Politik nur einen Teil des zerstörten Vertrauens wiederherstellen, muss die Hessische Landesregierung ohne juristische Spitzfindigkeiten und ohne Taschenspielertricks die Revisionsanträge gegen das Nachtflugverbot vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sofort zurückziehen. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu den Tricks zählt nämlich auch, dass die Planfeststellungsbehörde in ihrem Beschluss vom 18.12.2007 – abweichend vom Antrag der Fraport im Sommer 2007 – nicht nur den Flugbetrieb in der Zeit von 23 bis 5 Uhr zugelassen hat, sondern auch mehr Flüge pro Nacht genehmigte. In ihrer Antwort auf ein Aufklärungsschreiben des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums teilte die Fraport AG mit, dass sie Bezug nehmend auf die Prognose von Intraplan für die Gesamtnacht 150 Flugbewegungen an Spitzentagen für typisch erachte. Aus der Spitze machte das Wirtschafts- und Verkehrsministerium den Durchschnitt und erhöhte damit das zusätzliche Verkehrsaufkommen dramatisch. Aus durchschnittlich 90 bis 100 Flugbewegungen wurden 150 genehmigte Flüge in der sogenannten Nachtrandzeit. Das ist die Wahrheit.

Statt Entlastung in der Nacht bewilligte das Ministerium so viele Nachtflüge wie noch nie zuvor. Herr Ministerpräsident, Sie haben heute wieder die Chance verpasst, ein glasklares Bekenntnis zum Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen abzulegen. Wir verstehen unter Nachtflugverbot die Zeit von 22 bis 6 Uhr, so wie es die vom Fluglärm Betroffenen, die Bürgerinitiativen und viele betroffene Kommunen fordern.

Die Nacht hat mehr als sechs Stunden. Die Folgen der desaströsen Politik der Landesregierung sind nicht weniger als die Entvölkerung ganzer Stadtteile und soziale Se-

gregation. Wer es sich leisten kann, zieht vom Lärm weg. Wer kein Geld hat, der stirbt wohl früher.

Meine Damen und Herren, das sind Zustände wie in den Frühtagen der Industrialisierung. Diese Zustände hat die Hessische Landesregierung fast ganz alleine zu verantworten. Es ist zynisch, wenn die Landesregierung weiterhin propagiert, ihr Ziel sei ein fairer Ausgleich zwischen dem Ruhebedürfnis der Flughafenanwohner und den wirtschaftlichen Interessen. Das haben wir heute auch mehrfach gehört.

Von einem Konzern wie Fraport, der sich zum größten Teil im öffentlichen Besitz befindet, erwarten wir, dass er sein Profitinteresse niemals vor den Gesundheitsschutz der Bevölkerung stellt. Das zu gewährleisten, ist eigentlich Aufgabe der Landespolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen feiern Fraport und Politiker von CDU, FDP und SPD das Wachsen des Frankfurter Flughafens als angebliche Erfolgsstory. Ich frage: Erfolg für wen?

Die Praxis, Gewinne zu privatisieren, die steigenden Umweltbelastungen, Gesundheitsschädigungen und die sozialen Folgekosten aus dem Flughafenbetrieb der Allgemeinheit aufzubürden, muss endlich ein Ende haben. Deshalb fordern wir eine umweltökonomische Gesamtbilanz, um die wahre Kosten- und Nutzenverteilung dieses Flughafenbetriebs zu ermitteln. Das wäre angesagt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Menschen in der Rhein-Main-Region erwarten von der Hessischen Landesregierung die Unterstützung der Bundesratsinitiative der Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, die auf eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen für die Erteilung von Nachtflugverboten zielen, statt, wie in der Koalitionsvereinbarung der CDU und der FDP auf Bundesebene, weiteren Nachtflügen den Weg zu bereiten.

Wie die Auseinandersetzung um die Flugrouten zeigt, muss auch die Deutsche Flugsicherung auf einen besseren Lärmschutz verpflichtet werden. Sie erwarten von der Hessischen Landesregierung daher eine eigene Bundesratsinitiative zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes, mit dem Ziel, zusätzlich zur Flugsicherheit gleichrangig auch den Lärmschutz und damit den Gesundheitsschutz gesetzlich zu verankern.

Die Menschen in den vom Fluglärm betroffenen Regionen brauchen eine verbindliche Festlegung einer Lärmobergrenze sowie eine auf Lärminderung ausgerichtete neue Orientierung der Flugrouten und vor allen Dingen der Flughöhen. Hier kommt die eiligst gebildete Taskforce viel zu spät. Hoffen wir wenigstens, dass sie schnell zu gemeinsamen Ergebnissen kommt, die die unerträgliche Situation der Menschen wenigstens verbessert.

Seit gestern berichten uns Anwohner aus Bad Vilbel, dass sie ab 4 Uhr verstärkt Flugbewegungen wahrnehmen: „Jetzt höre ich tatsächlich ab etwa 4 Uhr etwas herumfliegen, näher und lauter als vorher.“ Wir haben also offensichtlich kein Nachtflug-, sondern nur ein Nachtlandeverbots. Die Flugzeuge drehen jetzt munter bis um 5 Uhr ihre Schleifen im Rhein-Main-Gebiet. Herr Minister, das muss sofort abgestellt werden.

Weil wir gerade dabei sind: Wir wollen im Übrigen auch keine Durchlöcherung des Nachtlandeverbots durch die extensive Auslegung von Ausnahmetatbeständen. Außer

bei Notlandungen darf es keine Flugbewegungen in der Nachtzeit geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir zu einem weiteren Thema. In naher Zukunft wird es nicht zu einem Entwicklungssprung hin zu leisen und klimaschonenden Flugzeugen kommen. Das wissen alle Experten. Eines müssen wir aber klar sehen: Die sogenannten leisen Flugzeuge donnern heute tagtäglich bis zu 300-mal mit über 80 dB in 300 m Höhe über die Köpfe der Bevölkerung. Diese Anzahl der Flugbewegungen wird noch um 50 % gesteigert werden. Daher kann nur die Reduktion der Flugbewegungen für die Bevölkerung eine spürbare Entlastung bringen.

Nach der Passagierstatistik von Fraport aus dem Jahr 2010 befinden sich unter den ersten fünf angeflogenen Städten allein vier deutsche – innerdeutscher Flugverkehr. An erster Stelle steht Berlin. Deshalb sagen wir: Der innerdeutsche Flugverkehr gehört vollständig auf die Schiene, und das europäische Bahnnetz muss weiter ausgebaut werden.

Bei der pompösen Eröffnung der Landebahn wurde die Ausbauprominenz nicht müde, zu betonen, wie wichtig das Mediationsverfahren war. Es wurde von Wirtschafts- und Regierungsvertretern viel gelobt – gelobt, weil es geholfen hat, den Flughafenausbau durchzusetzen. Das war von Anfang an das vorrangige Ziel der Mediation.

Das Ziel Flughafenausbau und die Bedingungen zur Beteiligung und Durchführung des Mediationsverfahrens wurden von der Landesregierung unter Ministerpräsident Eichel als unveränderbar gesetzt. Änderungsvorschläge der Bürgerinitiativen wurden immer zurückgewiesen. Deswegen verweigerten sie ihre Teilnahme aus guten Gründen.

Auch wenn wir heute gemeinsam mit der SPD für ein mageres Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr eintreten, können und werden wir sie nicht aus ihrer historischen Verantwortung für die zunehmenden Lärmbelastigungen entlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch für die SPD war die Grundbedingung der Mediation die Akzeptanz des Ausbaus. Ein echtes Mediationsverfahren, das diesen Namen wirklich verdient, hätte aber ergebnisoffen sein müssen. Die Nullvariante, also kein Ausbau, hätte als Option verhandelbar sein müssen. Die Mediation war von Anfang an nur als Beruhigungsspiel gedacht. Auseinandersetzungen wie an der Startbahn West sollte es nicht mehr geben. Die Bürgerinitiativen sollten beschäftigt werden, um den Widerstand klein zu halten.

Die Zusammensetzung der Mediationsgruppe war so gewählt, dass die Wirtschaftsinteressen klar im Vordergrund standen. Die Missachtung des Mediationsergebnisses durch die CDU/FDP-Regierung setzt dem Ganzen eigentlich nur noch die Krone auf.

Die Tatsachen wurden nun geschaffen. Selbstverständlich unterstützen wir in dieser Situation alle Forderungen der Bürgerinitiativen, der Kommunen und der Fluglärmkommission, die geeignet sind, den Menschen etwas mehr Ruhe zu verschaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Am Samstag nach Eröffnung der Landebahn protestierten 15.000 Menschen in Mainz und Wiesbaden,

darunter auch die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner. Sie stand 3 m neben mir bei der Kundgebung.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ja, Sie können es im Übrigen auf einem Foto in unserer Fotoausstellung nachvollziehen.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, wir erleben ständig – –

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, mein letzter Satz. – Wir erleben ständig vonseiten der CDU und der FDP, dass sie sich auf die rheinland-pfälzische Politik beziehen. Mein Wunsch zum Schluss wäre: Beziehen Sie sich jetzt doch einmal auf Frau Klöckner, und unterstützen Sie die Forderung nach einem Nachtflugverbot.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Wir kommen nun zu verschiedenen Abstimmungen, wobei die Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD – das ist Tagesordnungspunkt 3 – namentlich erfolgen wird.

Ich rufe zuerst Tagesordnungspunkt 2 zur Abstimmung auf: Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sicherstellung eines dauerhaften Nachtflugverbots am Flughafen Frankfurt, Drucks. 18/4603. Wer diesem Antrag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass der Antrag bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN und bei Gegenstimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3: Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Erneuerung des Anti-Lärm-Pakts für die Rhein-Main-Region, Drucks. 18/4607. Ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten. Ich eröffne den Aufruf.

(Namensaufruf – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Ist jemand nicht aufgerufen worden? – Dann ist die Abstimmung geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten. Ich gebe das Ergebnis bekannt. Es sind 112 abgegebene Stimmen gezählt worden. Davon wurden 48 mit Ja und 64 mit Nein gezählt. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf: Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Landesregierung muss sich glasklar zum Nachtflugverbot und Lärmschutz bekennen. Wer diesem Antrag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass der Antrag bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, bei Enthaltung der Fraktion der GRÜNEN und bei Ablehnung der Fraktionen von CDU, SPD und FDP abgelehnt ist.

Schließlich rufe ich Tagesordnungspunkt 5 auf: Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend nur Revision schafft Rechtssicherheit usw. Wer kann diesem Antrag zustimmen? – Wer lehnt ihn ab? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass dieser Antrag bei Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP und Ablehnung durch die übrigen Fraktionen des Hauses hiermit angenommen worden ist.

(Einige Abgeordnete beginnen, den Saal zu verlassen.)

– Meine Damen und Herren, ich habe noch nicht geschlossen. Es gebietet ein Restbestand an Höflichkeit, abzuwarten, dass ich mich für die Mitarbeit bedanke und Ihnen einen schönen Nachhauseweg wünsche. – Auf Wiedersehen.

(Heiterkeit und Beifall – Schluss: 17:42 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 3)**Abstimmungsliste**

über die namentliche Abstimmung zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Erneuerung des Anti-Lärm-Pakts für die Rhein-Main-Region – Drucks. 18/4607 –

Name der/des Abgeordneten	Frak- tion	ja	nein	ent- halten	gefehlt	Name der/des Abgeordneten	Frak- tion	ja	nein	ent- halten	gefehlt
Al-Wazir, Tarek	GRÜNE	x				Lenz, Aloys	CDU		x		
Arnold, Dr. Walter	CDU		x			Lortz, Frank	CDU				x
Banzer, Jürgen	CDU		x			Lotz, Heinz	SPD	x			
Bartelt, Dr. Ralf-Norbert	CDU		x			May, Daniel	GRÜNE	x			
Bauer, Alexander	CDU		x			Merz, Gerhard	SPD	x			
Bellino, Holger	CDU		x			Mick, Hans-Christian	FDP		x		
Beuth, Peter	CDU		x			Milde (Griesheim), Gottfried	CDU		x		
Blehschmidt, Dr. Frank	FDP		x			Müller (Kassel), Karin	GRÜNE	x			
Blum, Leif	FDP		x			Müller (Schwalmstadt), Regine	SPD	x			
Bocklet, Marcus	GRÜNE	x				Müller (Gelnhausen), Dr. Rolf	CDU				x
Boddenberg, Michael	CDU		x			Müller (Heidenrod), Stefan	FDP		x		
Bouffier, Volker	CDU		x			Noll, Alexander	FDP		x		
Büger, Dr. Matthias	FDP		x			Ooyen, Willi van	LINKE	x			
Burghardt, Patrick	CDU		x			Osterburg, Gudrun	CDU		x		
Cárdenas, Barbara	LINKE	x				Öztürk, Mürvet	GRÜNE	x			
Caspar, Ulrich	CDU		x			Paulus, Jochen	FDP		x		
Decker, Wolfgang	SPD	x				Pauly-Bender, Dr. Judith	SPD	x			
Dietz, Klaus	CDU		x			Pentz, Manfred	CDU		x		
Dom, Angela	GRÜNE	x				Peuser, Helmut	CDU		x		
Döweling, Mario	FDP		x			Posch, Dieter	FDP		x		
Enslin, Ellen	GRÜNE	x				Quanz, Lothar	SPD	x			
Erfurth, Sigrid	GRÜNE	x				Ravensburg, Claudia	CDU		x		
Faeser, Nancy	SPD	x				Reif, Clemens	CDU		x		
Frankenberger, Uwe	SPD				x	Rentsch, Florian	FDP		x		
Franz, Dieter	SPD	x				Reuscher, Wilhelm	FDP		x		
Frömmrich, Jürgen	GRÜNE	x				Reuter, Dr. Michael	SPD	x			
Fuhrmann, Petra	SPD	x				Rock, René	FDP		x		
Gerling, Alfons	CDU		x			Roth, Ernst-Ewald	SPD	x			
Gnadl, Lisa	SPD	x				Rudolph, Günter	SPD	x			
Görig, Manfred	SPD				x	Schäfer-Gümbel, Thorsten	SPD	x			
Greilich, Wolfgang	FDP		x			Schaus, Hermann	LINKE	x			
Gremmels, Timon	SPD	x				Schmitt, Norbert	SPD	x			
Grumbach, Gemot	SPD	x				Schork, Günter	CDU		x		
Grüttner, Stefan	CDU		x			Schott, Marjana	LINKE	x			
Habermann, Heike	SPD	x				Schulz-Asche, Kordula	GRÜNE	x			
Hahn, Jörg-Uwe	FDP		x			Schwarz, Armin	CDU		x		
Hammann, Ursula	GRÜNE	x				Seyffardt, Hans-Peter	CDU		x		
Heidel, Heinrich	FDP		x			Siebel, Michael	SPD	x			
Heinz, Christian	CDU		x			Sorge, Sarah	GRÜNE	x			
Henzler, Dorothea	FDP		x			Spies, Dr. Thomas	SPD	x			
Herr, Dr. Norbert	CDU		x			Stephan, Peter	CDU		x		
Hofmann, Heike	SPD				x	Sürmann, Frank	FDP		x		
Hofmeyer, Brigitte	SPD	x				Tipi, Ismail	CDU		x		
Hölldobler-Heumüller, Margaretha	GRÜNE				x	Utter, Tobias	CDU		x		
Honka, Hartmut	CDU		x			Wagner (Lahntal), Dr. Christean	CDU		x		
Irmer, Hans-Jürgen	CDU		x			Wagner (Taunus), Mathias	GRÜNE	x			
Jürgens, Dr. Andreas	GRÜNE	x				Wallmann, Astrid	CDU		x		
Kahl, Reinhard	SPD	x				Wamecke, Torsten	SPD	x			
Kartmann, Norbert	CDU		x			Waschke, Sabine	SPD	x			
Kaufmann, Frank-Peter	GRÜNE	x				Weimar, Karlheinz	CDU		x		
Klaff-Isselmann, Irmgard	CDU		x			Weiß, Marius	SPD	x			
Klee, Horst	CDU		x			Wiegel, Kurt	CDU		x		
Klein (Freigericht), Hugo	CDU		x			Wiesmann, Bettina	CDU		x		
Klose, Kai	GRÜNE	x				Wilken, Dr. Ulrich	LINKE	x			
Krüger, Fritz-Wilhelm	FDP		x			Wintermeyer, Axel	CDU		x		
Kühne-Hörmann, Eva	CDU		x			Wissler, Janine	LINKE	x			
Landau, Dirk	CDU		x			Wolff, Karin	CDU		x		
Lannert, Judith	CDU		x			Ypsilanti, Andrea	SPD	x			
Lenders, Jürgen	FDP		x			Zech, Helmut von	FDP		x		